

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Dezember 2002 Nummer 251
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



... ZEIT BEI DER ARBEIT ZU HABEN, DAMIT MEINE ICH KEINE FREIZEIT. ES FÄLLT MIR AUCH VOM GEFÜHL HER SCHWER, EINEN BETRIEB MIT 500 MILCHKÜHEN ALS BÄUERLICH ZU VERSTEHEN. BÄUERLICH IST FÜR MICH AUCH EIN ZUSAMMENSPIEL VON ACKERBAU UND VIEHZUCHT.

*Dorothee Lindenkamp,
AbLerin vom Niederrhein*

... DIE FREIE VERFÜGBARKEIT ÜBER BODEN, KAPITAL UND ARBEIT. ALSO KEINE ABHÄNGIGKEIT VON DER INDUSTRIE WIE DAS BEI DER LOHNMAST DER FALL IST. WICHTIG IST, DASS DIE ARBEIT ÜBERWIEGEND VON FAMILIENARBEITSKRÄFTEN ERLEDIGT WIRD.

*Martin Schulz,
AbLer aus dem Wendland*

Bäuerlichkeit ist ...

... IST EINE LEBENSWEISE, DIE IMMER MEHR SCHWINDET. HEUTE SPIELT DIE BÄUERLICHKEIT ALS INDIVIDUELLE HALTUNG VON BAUERN ABER IMMER NOCH EINE GROSSE ROLLE.

*Karl-Friedrich Osenberg,
AbLer aus dem Sauerland*

... IST ZUR ZEIT FÜR MICH EINE GANZ ANDERE LEBENS- UND ARBEITSWEISE ALS BEIM REST DER BEVÖLKERUNG, IST LEBEN VOM LAND UND MIT DEM LAND.

*Anneliese Schmeh,
AbLerin aus Baden-Württemberg*

Schwerpunkt

Entkoppeln reicht nicht

Zu Fischlers Vorschlag die bisherigen Prämien von der Produktion zu entkoppeln, gibt es Verbesserungsvorschläge: statt Betriebsprämien die erste Säule grundlegend reformieren und Grenzen der 2. Säule sehen.
Seiten 12 und 13

Feilen an Vorschlägen beginnt

Die AbL und der EU-Parlamentarier Görlach fordern eine gerechtere Grünlandförderung sowie eine differenzierte Ausgestaltung der Freibeträge für Arbeitskräfte bei der Halbzzeitbewertung. Seite 2, 11 und 14

Politik

Milchstreik

Bei Milchpreisen unter den Produktionskosten reicht es den Bauern. In mehreren Regionen laufen Vorbereitungen für einen Milch-Boycott. In Bayern diskutierten die Zukunft der Milchpolitik Seite 7 und 8

Neue Menschen aufs Land

Drei Tage lang diskutierten Noch- und zukünftige Bauern über Wege Höfe zu erhalten. Die Landwirtschaft braucht Neueinsteiger. Am Ende der Tagung standen klare Forderungen an Verwaltung und Politik. Seite 3

Bewegung

Nachbau

Den Versuch der Pflanzenzüchter vor dem EuGH dem Generalanwalt nahezulegen wie er Gesetze interpretieren soll, wies dieser deutlich zurück. Seite 5

Regionen aktiv

Die Uthlande: Auf den nordfriesischen Inseln bemüht man sich um Regionalvermarktung und Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit. Seite 16 und 17

Weitere Themen:

Castor Seite 4, Tierseuchen Seite 6, Hochwasser Seite 15, Vielfalt Seite 18, Weihnachtsratsel Seite 19 und vieles mehr

Es wird Ernst. Der Ton wird schärfer. Kommissar Fischler trifft mit seinen Vorschlägen zur Halbzeit der Agenda 2000 den Nerv der Ernährungsindustrie und der rationalisierten Betriebe. An ihren Reaktionen auf die vorgeschlagene Entkopplung und Modulation wird deutlich, dass es um milliarden-schwere Interessen geht, mit denen wir uns anlegen. Beispiel Modulation. Man könnte den Eindruck gewinnen, es sei ehrabschneidend darüber zu reden, dass stark rationalisierte Betriebe bis zu 150.000 Euro Direktzahlungen pro Arbeitskraft vom Staat ziehen, Jahr für Jahr. Nein, sie tun das legal. Es geht nicht um die Personen, die davon profitieren. Es geht darum, politische Fehlentwicklungen zu korrigieren. Herr von dem Bussche hat das sofort erkannt und ist deshalb vor Gericht gezogen, damit sein Name in diesem Zusammenhang nicht mehr auftaucht. Aber der Richter konnte auch nur sagen: „Wahrheit darf genannt werden.“ Es ist eben keine Rufschädigung, sondern Realität, dass diese Art rationalisierter Betriebe von den Prämien aus Brüssel Lohnkosten und Flächenpacht bezahlen und noch einen gehörigen Rest übrig behalten. Das ist der Gesellschaft nicht zu vermitteln. Die große Mehrheit der Betriebe liegt dagegen bei weit weniger als 10.000 Euro Direktzahlungen pro Arbeitskraft. Auf dem Markt aber müssen sie mithalten mit diesen „wettbewerbs- und weltmarktfähigen“ Betrieben. Fischler will diese Verzerrungen abbauen und hat deshalb unseren Vorschlag aufgegriffen, die Zahlungen zu modellieren, progressiv zu begrenzen und an Arbeitskräfte zu binden.

Beispiel Entkopplung. Heute gibt es Direktzahlungen nur für bestimmte Produkte. Das ist ein Anreiz, eben diese Produkte zu erzeugen. Fischler will die Zahlungen von der Produktion entkoppeln und als pauschale Betriebs- bzw. Bewirtschaftungsprämie zahlen. Das würde uns mehr Freiheit geben, unsere Erzeugung nicht nach den unterschiedlich hohen produktspezifischen Prämien, sondern nach Absatzmärkten und Marktpreisen auszurichten. Das passt der Ernährungsindustrie gar nicht. Wenn die Kopp-

KOMMENTAR

An Arbeit koppeln

lung von Prämie und Anbau wegfällt, fürchten z.B. die Kartoffelstärkefabriken um ihre Rohstoffbasis, denn die bisher von ihnen gezahlten Preise decken die Erzeugungskosten der Bauern nicht. In Zukunft wäre die Ernährungsindustrie gezwungen, kostendeckende Preise zu zahlen, da versteckte Prämienmitnahme nur noch schwer möglich wird.

Es geht um harte Währung.

Auch der Bauernverband wehrt sich gegen die Entkopplung. Sie führe zur Produktionsaufgabe, „wo die variablen Kosten über den Markterlösen liegen“. Er verteidigt ein System, das „unseren Marktpartnern“ ermöglicht, Preise zu zahlen, die noch nicht einmal die variablen Kosten abdecken. Welche Interessen vertritt er? Diese Mitnahmeeffekte dienen weder der bäuerlichen Landwirtschaft noch einer vielfältigen ländlichen Entwicklung, die Arbeitsplätze schafft. Im Gegenteil: So wurden Anreize gesetzt, durch ständige Rationalisierung Arbeitsplätze zu zerstören und mit der Zunahme agrarindustrieller Produktion die multifunktionale Landbewirtschaftung aufs Spiel zu setzen. Was wir brauchen, ist dagegen eine Investition in Einkommens-Vielfalt und Qualitätserzeugung, über die wir höherpreisige Märkte erschließen und die Anliegen von Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz berücksichtigen. Dies haben wir im NEULAND-Fleischprogramm eindrucksvoll in die Praxis umgesetzt.

Fazit: Die Benachteiligungen haben wir lange genug ertragen, viele diese mit ihrer Existenz bezahlt. Sie müssen jetzt abgebaut werden, auch die von Grünland gegenüber Silomais. Wir brauchen eine Entkopplung, die die Tierprämien ans Grünland koppelt. Sie muss verbunden werden mit der Modulation und der progressiven Prämienbegrenzung. Sonst werden alte Ungleichgewichte nur fortgeschrieben. All das ist nun möglich. Im Zuge der Osterweiterung muss es zu einer agrarpolitischen Zäsur kommen. Die Aussicht auf kostendeckende Preise sollte bäuerliche Betriebe doch locken, aktiv zu werden.

Bäuerliche Landwirtschaft ist leistungs- und wettbewerbsfähig – unter fairen Bedingungen.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender

Steuer-Pauschalierungen bleiben

Aber Umsatzsteuer-Pauschale soll von neun auf sieben Prozent fallen

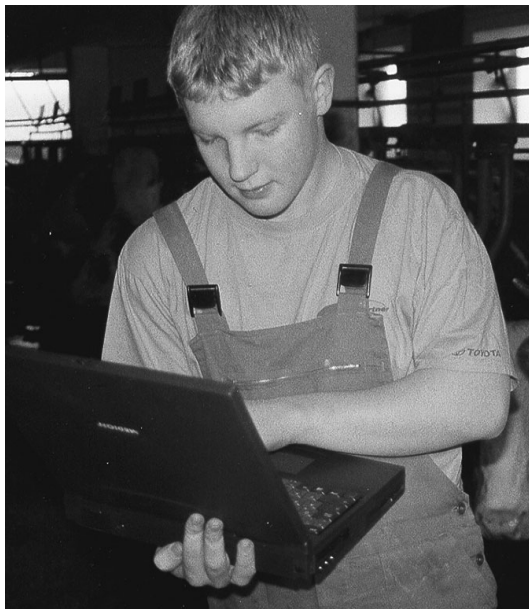
Landwirtschaftlichen Betrieben bleibt die Möglichkeit der Umsatzsteuer-Pauschalierung (§ 24 UStG) erhalten. Ebenso soll die der Einkommensbesteuerung dienende Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen für landwirtschaftliche Betriebe mit bis zu 20 ha bzw. 50 Großvieheinheiten (§ 13 a EStG) bestehen bleiben. Darauf einigten sich die Spitzen der Koalitionsparteien bei einer Runde im Kanzleramt am 17. November. Das Kabinett wollte das geänderte Sparpaket am 20. November beschließen.

Der Druck von Agrarpolitiker/innen der Fraktionen, des Bundeslandwirtschaftsministeriums und von Verbänden haben

somit bewirkt, dass in der Landwirtschaft nicht das fallen gelassen wird, was in der gewerblichen Wirtschaft mit dem Hartz-Konzept an steuerlichen Vereinfachungen für kleine Existenzgründer gerade neu geschaffen werden soll.

Allerdings soll die Umsatzsteuer-Pauschale für landwirtschaftliche Betriebe von 9 % auf 7 % gesenkt werden. Schätzungen sprechen von einer Mehrbelastung für die pauschalierenden Betriebe von bis zu 600 Mio. Euro. Hinzu kommt die vorgesehene Anhebung der Mehrwertsteuer auf landwirtschaftliche Vorprodukte wie Futtermittel, lebende Tiere und Saatgut von 7 % auf 16 %. Damit nimmt die Vorsteuerbelastung zu, die pauschalierende Betriebe im Gegensatz zu den optierenden Betrieben nicht beim Finanzamt geltend machen können. Der Wechsel zur Optierung wird damit für viele lohnend.

Bei der Umsatzsteuer-Pauschalierung erheben landwirtschaftliche Betriebe 9 % (in Zukunft 7 %) Mehrwertsteuer auf ihre Verkaufsprodukte, die sie aber nicht ans Finanzamt abführen, weil davon ausgegangen wird, dass ihre Vorsteuerbelastung im Schnitt dieser Summe entspricht. Nach Einschätzung von Steuerexperten besteht aber in vielen Betrieben heute bereits eine Unterdeckung zu Lasten der Betriebe. Sonderkulturbetriebe bilden eine Ausnahme. *uj*



Einigung vor Landgericht erzielt

Anfang Oktober wollte der DLG-Vorsitzende von dem Bussche vor dem Bielefelder Landgericht den AbL-Bundesvorsitzenden Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf dazu bringen, nicht weiterhin hervorzuheben, wie viele Prämien er je landwirtschaftlicher Arbeitskraft auf seinem ostdeutschen Betrieb bekommt. Auf der Grünen Woche hatte er in einem Gespräch Graefe zu Baringdorf erzählt, dass er einen 2000 ha Betrieb mit fünf Arbeitskräften in Sachsen-Anhalt bewirtschaftete. Graefe zu Baringdorf rechnete von dem Bussche daraufhin vor, dass er jährlich etwa 750.000 Euro an Prämien erhalte, was umgerechnet 150.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr ausmache. Dem widersprach von dem Bussche nicht, äußerte sich aber dahingehend, diese Prämien ständen ihm zu.

Dass diese Subventionierung völlig legal ist, sei der eigentliche Skandal, so Graefe zu Baringdorf. In den Medien wurden diese Zahlen als Beispiel für die Auswüchse

einer fehlgeleiteten Brüsseler Subventionspolitik aufgegriffen.

Per Unterlassungsklage versuchte von dem Bussche nun, Graefe zu Baringdorf dazu zu zwingen, seinen Namen nicht mehr im Zusammenhang mit der ausbezahlten Prämienhöhe zu nennen. Zugleich wies er darauf hin, dass er den Betrieb mit einem Kompagnon betreibe und jedem von ihnen nur ca. 950 ha anzurechnen seien.

Vor dem Gericht erzielten die beiden nun eine Einigung. Graefe zu Baringdorf werde Herr von dem Bussche auch weiterhin in seiner Ehre nicht herabsetzen und sich strikt an die so korrigierten Fakten halten. Graefe zu Baringdorf behielt sich aber vor, im Rahmen seiner politischen Tätigkeit auch weiterhin Ross und Reiter zu nennen. Die Wahrheit zu sagen, so belehrte der Richter von dem Bussche und seinen Anwalt, müsse weiterhin erlaubt sein. *ms*

Für den Einstieg in die Landwirtschaft gibt es Bedarf. Die Tagung in der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen platzt vor Andrang aus den Nähten. Viele waren gekommen, die einen Hof suchen. Auch Bauern und eine Bäuerin waren gekommen, die den Hof abgeben oder mit anderen gemeinsam bewirtschaften wollen. Ein pralles Programm informierte über Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der Suche, der Finanzierung, den Rechtsformen. Organisiert wurde die Tagung von der Evangelischen Landjugendakademie, dem AK Morgenland der AbL und der AG Ländliche Entwicklung, Uni Kassel. Die Teilnehmer kamen von Meisterschulen (z.B. Cleve, Landshut) und Universitäten (Witzenhausen). Andere arbeiten schon seit Jahren in der Landwirtschaft als Angestellte. Was sie verbindet: Sie wollen selbstständig werden. Trotz aller Klagen über die ökonomische Situation in der Landwirtschaft gibt es offensichtlich viele Leute, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen. Sie sind fasziniert von der landwirtschaftlichen Arbeit. Romantische Vorstellungen haben sie dabei nur selten. Dazu kennen sie die Landwirtschaft zu genau.

Chance für beiden Seiten

Die Probleme sind dringlich. Die Hofnachfolge ist heute nur bei einem Drittel der Betriebe mit über 45-jährigen Betriebsleitern geklärt. Da kommt auf die Landwirtschaft ein Problem zu, das nicht mehr durch den heute üblichen Weg gelöst werden kann. Die Regel ist, dass die Flächen an den Meistbietenden verpachtet werden. Ein Betrieb im eigenen oder nächsten Dorf pachtet auf und wächst. Da die Altersrente in der Landwirtschaft meist zu gering ist, sind die aufgebenden Familien dringend auf einen guten Pachtpreis angewiesen. Höfe ohne Nachfolger werden deshalb auch dann aufgelöst, wenn sie mit neuen Leuten durchaus lebensfähig wären. Auch dann, wenn die aufgebenden Bauernfamilien traurig sind über den Untergang ihres Lebenswerkes. Die Aufgabe von Höfen ist Kapitalvernichtung in großem Stil: Wirtschaftsgebäude stehen leer, durchgezuchtete Herden werden aufgelöst, teure Maschinen verramscht, Erfahrungen im Umgang mit den Böden gehen unter.

In der Landwirtschaft werden deshalb neue Menschen gebraucht. Ihre Initiative, ihre aus anderen Bereichen stammenden Qualifikationen können der zukünftigen Landwirtschaft nur nutzen. Mit Verteidigung allein ist eine bäuerliche Landwirtschaft nicht zu retten. Referenten aus Ministerien und Banken informierten über Finanzierungs-

Wie finde ich einen Hof?

Bericht über eine Tagung in Altenkirchen vom 15.-17. November 2002

formen, Rechtsprobleme der Hofübergabe und Fördermöglichkeiten. Von Bauern und Initiativen wurden unterschiedliche Formen der Übergabe vorgestellt: Übernahme eines Hofes und Fortführung als Einzelbetrieb. Schrittweiser Aufbau aus kleinsten Anfängen heraus. Betriebsgemeinschaften, Höfe in gemeinnütziger Trägerschaft. Ebenso vielfältig waren die Formen der Finanzierung: von Pacht, mit Erwerb von Eigentum durch eine Leibrente, Stiftungen usw.

Deutlich wurde dabei, dass in den seltensten Fällen der Hof durch die Erlöse aus der landwirtschaftlichen Arbeit gekauft werden konnte. Bei den heutigen Preisen für den Boden, die Maschinen und Gebäude ist meist Geld aus anderen Quellen nötig, um einen Hof zu erwerben.

Über den Zaun klettern

Damit beide Seiten zueinander kommen, sind Hofbörsen von zentraler Bedeutung. Herr Heckmann von der hessischen Hofbörse stellte dar, dass dabei der Begriff „Börse“ weit untertrieben ist. Es geht bei der Hofbörse nicht nur um das Maklern, sondern um eine aufwändige Beratung, die von der Finanzierung bis zur Klärung der sozialen Probleme reicht.

Damit war ein Thema angeschlagen, das im Lauf der Tagung in vielen Beiträgen der Vortragenden und Teilnehmer immer mehr in den Vordergrund rückte. Soziale Probleme gibt es auf beiden Seiten. Bei den Einsteigern ist offen, welchen Hof sie wollen, welche Mühen des Anfangs sie auf sich nehmen können. Unklar kann sein, ob sie warten, bis ihnen der Traumhof angeboten wird, oder ob sie wissen (wie es ein Einsteiger formulierte), dass sie „ihren Koffer irgendwann einmal über den Zaun werfen, dann hinterher klettern und sich ihren Traum erarbeiten müssen“.

Schwierigkeiten auch bei den Abgebenden. Sie wollen ihr Lebenswerk fortgesetzt sehen. Das Loslassen ist schwer. Niemand kann wollen, dass die Abgebenden einfach zur Seite gedrängt werden. Doch die Einsteiger wollen etwas Neues beginnen. Das zeigten die Erfahrungen der Hofbörse. Die übernommenen Betriebe wurden fast immer umstrukturiert. Deshalb wird es viele Versuche geben müssen, wie Erfahrungen weitergegeben werden können und die neue Generation dennoch ihre Fehler selber machen

kann. Da offenbarte sich noch viel Bedarf an Klärung. Das Übernahme/Abgabe Modell aus dem Katalog wird es wohl nie geben.

Unterstützung notwendig

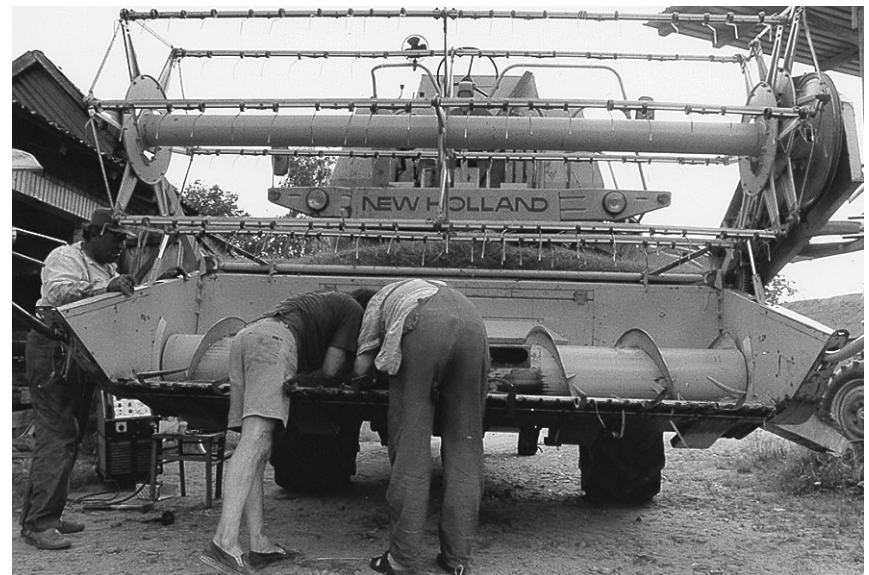
Was kann der Staat dabei tun? Angesichts der beim Hofkauf notwendigen erheblichen Vermögenswerte kann der Staat nicht den Gönner spielen und Interessierten einen Hof finanzieren. Deshalb braucht es vielfältige gesellschaftliche Initiativen: Vereine, Spon-

derung einer wettbewerbsfähigen Zielgröße) behindert werden.

– Das Programm der landwirtschaftlichen Schulen muss über die reine Produktionstechnik hinaus ausgedehnt werden. Statt Neueinsteiger mit der Propaganda des „Wachsens oder Weichens“ zu entmutigen, sollten sie hier lernen können, wie Höfe mit vielfältigen Einkommensmöglichkeiten bewirtschaftet werden können

– Flächen der „öffentlichen Hand“ (BVVG!) sollten bevorzugt Neugründern zur Verfügung gestellt werden. Dabei kann der Staat ruhig einmal die privilegieren, die mit der Neugründung von Höfen eine Pionierarbeit leisten.

– Nicht zuletzt ist eine in den Ämtern und Kammern weit verbreitete Haltung zu reformieren. Denn hier gilt oft jeder



Neueinsteiger und Hofabgebende können gemeinsam Lösungen suchen, um Höfe zu erhalten.
Foto: Eisenberg

soren, Stiftungen, die Neugründungen wieder möglich machen. Dennoch wird man den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen können. Hat er doch den bisherigen Wachs2tumspfad massiv unterstützt. Folgende Vorschläge wurden gemacht:

– Ausfallbürgschaft des Staates für die Pachtzahlung bei der „Leibrente“. Dieser Vorschlag von Staatssekretär Griese aus dem nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium geht davon aus, dass Höfe auch aus Sorge um die Sicherheit der Altersversorgung nicht weitergegeben werden. Eine Bürgschaft des Staates könnte hier helfen das Risiko zu verringern und die Übergabe ganzer Höfe zu erleichtern.

– Hofbörsen sollten gefördert und vernetzt werden. Engagierte Beamte auf den Ämtern, Kammern brauchen dazu mehr Arbeitszeit und Kompetenzen.

– Schrittweise Gründungen von Höfen und „Quereinstieg“ müssen möglich sein und nicht durch Einschränkung der Fördermöglichkeiten (Ausbildungsvoraussetzungen, schnelle Errei-

Einsteiger nur als lästiger Konkurrent um die Flächen, die doch der wachsende Betrieb so dringend nötig hat.

Wie soll es nach der Tagung weitergehen? Die Tagung war ein guter Anfang. Doch nun beginnen die Mühen des Alltags. Die finanziellen, rechtlichen, aber auch sozialen Probleme müssen genauer bearbeitet werden. Außerdem: Es braucht ein neues gesellschaftliches Klima, das Neugründungen und Fortführung von Höfen erstrebenswert macht. Das von Renate Künast angekündigte „Aktionsprogramm Bäuerliche Landwirtschaft“ sollte dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb haben sich am Ende der Tagung Arbeitsgruppen gegründet, die dringend Unterstützung suchen. *Götz Schmidt*

Kontakt und weitere Informationen: AK Morgenland, s. AbL Kontakte S.23, Ev. Landjugendakademie Ute Rönnebeck Tel: 02681-951622 oder auf der homepage: www.hoffinder.de.

Veranstaltungshinweis: Rahmenbedingungen für den Neueinstieg in Ostdeutschland vom 03.-05. März 2003 in Kohren-Salis bei Leipzig.

Neuer Vertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU

Seit Anfang Oktober ist Bernd Voss, Milchviehbauer aus Schleswig-Holstein und Mitglied im Bundesvorstand der ABL, einer der 24 deutschen Vertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU. Der 222 mitgliederstarke WSA wird bei Entscheidungen der EU-Kommission, des Rates und des Parlaments angehört und hat seit der Umsetzung der Amsterdamer Verträge der EU auch ein Initiativrecht. Bernd Voss einer der zwei landwirtschaftlichen Vertreter aus Deutschland, sitzt sowohl im Fachausschuss für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Umwelt als auch im Auswärtigen Ausschuss und arbeitet in der beratenden Kommission für industriellen Wandel des WSA mit. ms



KURZES AM RANDE

Verurteilung Bovés bestätigt

Wegen Aktionen gegen gentechnisch veränderten Reis aus den Jahren 1998 bis 1999 wurden José Bové und zwei weitere Mitstreiter auch in zweiter Instanz verurteilt. Der Sprecher der französischen Bauerngewerkschaft *Coopération Paysanne* sowie René Riesel bekamen Haftstrafen von je 14 Monaten, Dominique Soullier eine Haftstrafe von sechs Monaten. Pm

Bischof bedroht

Das Leben von Bischof Alvaro Ramazzini in San Marcos/Guatemala wird von Todesschwadronen bedroht, weil er sich für im Streit um Landbesitz für die Rechte der Landlosen einsetzt. Er leistet Rechtsbeistand für 350 Bauernfamilien, die eine Kaffeeplantage besetzt halten, die deren Eigentümer wegen der niedrigen Kaffeepreise vorübergehend stilllegen will. Hunderte von Erntearbeitern verlieren ihr Einkommen. Ramazzini betreut auch ein deutsch-guatemaltekisches Kaffeeprojekt, das den Kaffeebauern ein Mehrfaches des Weltmarktpreises verschafft. Der *Spiegel* berichtet, dass Hunger und Gewalt in Guatemala dramatisch zugenommen haben. en

Dünger-Sprengstoff

Kolumbien hat ein Verbot der Einfuhr von Kalkammonsalpeter und von Ammoniumnitrat mit mehr als 28 Prozent Stickstoff verhängt, damit Guerillas daraus keinen Sprengstoff herstellen können. Wie der Ernährungsdienst meldet, wehrt sich der Düngemittel-Multi Hydro massiv gegen diese Entscheidung. en

Rechenschaft für Bophal

Überlebende der Giftgas-Katastrophe im indischen Bophal protestierten mit Demonstrationen und Hungerstreiks gegen die nur geringen Strafanforderungen wegen „fahrlässiger Tötung“ für die Hauptverantwortlichen des US-Konzerns Union-Carbide. Deren Pestizid-Werk hatte bei einem erst spät gemeldeten Unfall etwa 20.000 Menschen getötet. In der verseuchten Umgebung des Werks sterben immer noch monatlich 20 bis 50 Menschen. en

Bienensterben in Frankreich

Das Bayer-Insektizid „Gaucho“ bleibt in Frankreich verboten. Dies versicherte die französische Umweltministerin Roselyne Bachelot gegenüber *Agra-Europe*. Der Deutschlandfunk hatte berichtet, dass der Stoff in Frankreich ein großflächiges Bienensterben verursacht hat. Bei der Zulassung für den Einsatz in Sonnenblumen war auf den Bienenenschutz nicht geachtet worden, weil man eine Beeinflussung der Blüte durch das bei der Aussaat angewandte Beizmittel ausschloss. Jetzt aber fand man Insektizidspuren in den Pollen, die offensichtlich den Rückflug der Bienen in ihre Bienenstöcke störte: Zwei bis drei Tage nach Blühbeginn fanden 35 Prozent der Bienen nicht zurück. Die Folge: ein großräumiger Bienenmangel. Bayer befürchtet, dass das Ende der Zulassung auf dem französischen Testmarkt auch das Ende der „Gaucho“-Verwendung in vielen anderen Ländern bedeuten würde. Im Herbst steht eine Gerichtsentscheidung an. en

Wir können nicht anders

Alle Jahre wieder: Die Menschen im Wendland protestierten gegen den Transport nuklearen Abfalls durch ihre Heimat. Besonders die Bauern vor Ort leisteten entschiedenen Widerstand. Einer von ihnen hat einen persönlichen Bericht seiner Eindrücke verfasst.

Der Castor-Transport im Herbst 2002 – was ist wert, erwähnt zu werden jenseits aller Rituale auf beiden Seiten? Zunächst einmal die Dimension des Transportes. Es rollten zwölf Castor-Behälter ins Wendland, doppelt so viel wie beim letzten Transport.

Dann die Dimension des Widerstands. Allen Unkenrufen und Trends zum Trotz bewegten sich während dieser Tage wieder mehrere tausend Menschen und bis zu 200 Traktoren über die Schienen, Straßen

Wendland während der Castor-Transporte zunächst positive Wirkung zu zeigen. Bei den verschiedenen Aktionen wurde korrekt miteinander umgegangen und für die jeweils andere Seite berechenbar agiert.

Schluss mit lustig

Als der Transport-Zug sich allerdings dem Städtchen Hitzacker näherte, war schließlich doch Schluss mit lustig und es wurde wieder geprügelt und gekesselt. Hunderte von Leuten wurden in Gewahrsam ge-



Auch dieses Jahr protestierten Bauern gegen den Castor-Transport

Foto: Archiv

und Feldwege zu den unterschiedlichsten Aktionen, von der Demo zur Blockade, vom Karnevalsauftritt bis zur Kundgebung.

Notfalls allein protestieren

Die Stimmung war nicht euphorisch, aber von heiterer gelassener Konsequenz geprägt. Man hörte oft den Satz: „Wenn es nötig wäre, würde ich auch allein gegen die Transporte auf die Straße gehen.“ Es handelt sich hier um einen gewaltigen, harten Widerstand bei allen Bürgern und auch speziell bei den Bauern, wobei der Hauptanteil des Interesses zur Zeit regional begründet ist, während überregional andere Themen im Vordergrund zu stehen scheinen. Beachtlich ist, dass die junge Generation kräftig nachwächst.

Auf Seiten der Polizei schien die im Vorfeld gestartete Kampagne des „Republikanischen Anwalt-Vereins (RAV) – Gründungsmitglieder waren in den Siebzigerjahren Otto Schily und Gerhard Schröder – gegen die Erosion von Bürgerrechten im

nommen. Auch die etwa 50 Traktoren, die gemäß einer Absprache mit der Polizei im Abstand von 50 Metern zur Transportstrecke Spalier standen, wurden zum Finale von einem riesigen Polizeiaufgebot demoliert, und eine Menge Frostschutzmittel versickerte im Boden. Da war sie wieder, die hässliche Polizei-Fratze in Kumpane mit einem willfährig agierenden Amtsgericht. Sollte da nicht eigentlich Gewaltenteilung herrschen?

Lachen siegt

Wegen dieser unmotivierten Sachbeschädigung der Trecker wurde umgehend Strafanzeige gegen die polizeiliche Einsatzleitung gestellt. Man wird sehen, ob sich Justitia einmal mehr als Erfüllungsgelhilfin missbrauchen lässt.

Demgegenüber stand das Motto des diesjährigen Widerstands im Wendland: „Mit einem Lachen werden wir sie besiegen. Wir können nicht anders!“

Wolfgang Eisenberg

„Eine kunstreiche List“

Züchter wollten EuGH-Entscheidungsfindung beeinflussen – Generalanwalt lässt sie abblitzen

In einer gerichtlichen Stellungnahme erwartet man juristische Auslegungen von Gesetzestexten, Abwägungen und Vergleiche. Man erwartet eigentlich nicht, darüber informiert zu werden, mit welchen Machenschaften die eine Seite der Prozessbeteiligten im Vorfeld versucht hat, auf das Gericht in seiner Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen. Umso spannender und ungeheuerlicher liest sich, was der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in seinem neuen Schlussantrag zu Papier gebracht hat. Gefragt war der Beitrag von Dámaso Ruiz-Jarabo Colomer nachdem am 3. Oktober die Verhandlung in einem gleich angelegten Verfahren wie der bereits im Frühjahr verhandelten Prozess in Sachen Nachbausekurren eröffnet wurde. Neue Aspekte zur Sache hatte es eigentlich keine gegeben, wäre da nicht eben jener Versuch der Pflanzzüchter, die Angelegenheit noch zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Generalanwalt Ruiz-Jarabo Colomer berichtet von einem Schreiben der European Seed Association (ESA), das ihn im Juli 2002 erreichte. Die ESA ist ein Zusammenschluss von Pflanzzüchtern auf europäischer Ebene, alles was Rang und Namen hat, ist dort Mitglied (der Bundesverband deutscher Pflanzzüchter und als Individualmitglieder: Bayer, Cropscience, Monsanto Europe, Pioneer, aber auch die Raiffeisen-Zentralgenossenschaft). Nach eigenen Angaben wolle man der „europäischen Saatgut-Industrie eine Stimme geben.“ Diese Stimme versuchte nun also, dem EuGH-Generalanwalt deutlich zu machen, dass man als damals am EU-Gesetzgebungsverfahren zum Nachbau beteiligte Partei eine andere Auslegung des Gesetzestextes wolle, als die, die EU-Kommission und Generalanwalt vorschlugen. In dem Brief ersuchte die ESA Ruiz-Jarabo Colomer, so schreibt er in seinem

Schlussantrag: „...den Vorschlag, den ich dem Gerichtshof zur Beantwortung der Vorlagefrage des Oberlandesgerichtes Frankfurt am Main gemacht habe, noch einmal zu überdenken.“

Doch damit nicht genug der versuchten Einflussnahme. Ausführlich geht Ruiz-Jarabo Colomer auch darauf ein, dass die Saatgut-Treuhandverwaltung GmbH (STV) versucht hatte, durch

eine Klagerücknahme bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung ähnlicher Klagen noch einmal die Möglichkeit zu erhalten, auf den ersten Schlussantrag des Generalanwaltes Erwidern anbringen zu können. Sie habe „eine kunstreiche List ins Werk gesetzt“, formuliert er fast poetisch und stellt am Ende fest: „Alles erweist sich als gut, wenn es dazu beitragen soll, die Qualität des gerichtlichen Rechtsschutzes zu verbessern; es ist jedoch an den Grundsatz der prozessualen Redlichkeit zu erinnern, die die Parteien den Rechtssprechungsorganen – hier nicht nur dem Gerichtshof, sondern auch den deutschen Richtern – schulden, sowie an den Grundsatz der Solidarität und der Achtung gegenüber den übrigen Rechtssuchenden (...)“. In der westlichen Welt, so fährt er fort, müsse „jeder Einzelne ohne Einbuße an Garantien, aber auch ohne Beeinträchtigung des Rechts seiner Mitbürger auf Zugang zum Gericht“ Klagen geltend machen können, „indem er vermeidet, unnötige oder unangebrachte, übermäßig komplizierte oder in der Form wirre oder zu weit gefasste Klagen zu erheben und nicht die Verfahren vermehrt, um dadurch in



Auch beim zweiten Versuch holte die STV nicht mehr aus dem Sack – der EuGH-Generalanwalt blieb hart. Foto: Schielbein

vollem Maße sein ausschließliches Interesse durchzusetzen.“ Nichts anderes hatten aber die Rechtsvertreter der STV vor, als sie in der mündlichen Verhandlung sogar auf Nachfrage des Generalanwaltes von der Durchsetzung einer „Strategie“ sprachen.

Der Schuss ist wohl nach hinten losgegangen, zumal auch die EU-Kommission bei ihrer Ablehnung einer generellen Auskunftspflicht blieb. Deshalb lautete auch in diesem Schlussantrag die Empfehlung des Generalanwaltes an das Gericht: Die vom Oberlandesgericht Düsseldorf gestellte Frage sei „so auszulegen, dass nur Landwirte, die Vermehrungsmaterial einer geschützten Sorte erworben haben und daher in der Lage waren, dieses Material anzubauen, unabhängig davon, ob sie dies getan haben, verpflichtet sind, dem Inhaber des Sortenschutzes Auskunft über den Anbau des Ernterzeugnisses auf ihren Flächen zu erteilen.“ Nur wem also von dem jeweiligen Züchter explizit die Nutzung seiner Sorte nachgewiesen werden kann, muss über eventuellen Nachbau Auskunft geben. Noch ist offen, wann das Urteil gesprochen wird. cs

Kartellverfahren

Das Oberlandesgericht Celle befasste sich mit den kartellrechtlichen Bedenken gegenüber Nachbauregelung und Kooperationsabkommen. Zuvor hatte das Landgericht in Hannover Bedenken geäußert. Die Celler Kammer sieht rund um die Nachbaugebühren unverständlichlicherweise allerdings keine marktrelevanten Aspekte berührt. Das Urteil steht noch aus. Noch im Dezember beschäftigt sich die Kartellkammer des Oberlandesgerichts in München, im Februar dann das Landgericht Dortmund mit diesen Fragen.



Neues Abkommen

Das Kooperationsabkommen ist tot, es lebe die „Vereinbarung zur Zukunftssicherung Ackerbau“. Ab sofort gibt es eine neue Vereinbarung zwischen deutschem Bauernverband und dem Bundesverband deutscher Pflanzzüchter. „Für die Durchführung der Nachbauregelung (national und gemeinschaftliche geschützte Sorten) wird den Landwirten in Deutschland eine freiwillige Vereinbarung angeboten. Landwirte, welche diese Vereinbarung nicht abschließen, können die ge-

setzliche Veranlagung wählen oder mit dem Sortenschutzinhaber Individualvereinbarungen treffen“, so steht es in der Präambel des neuen Werkes. Alles soll vereinfacht werden, die „Nachbausekurren beschränkt sich auf sortenspezifische Mengen des Nachbausekurren-/Nachbaupflanzgutes.“ Ob es allerdings das Ende einer generellen Auskunftspflicht durch die STV ist, lässt sich abschließend erst beurteilen, wenn die ersten Formulare der neuen Regelung auf dem Tisch liegen. cs

Auf nach München!

Am 19. Dezember 02 wird dort um 10.15 Uhr vor dem Oberlandesgericht, Saal 38, Prielermayerstr. 5, der Fall STV gegen Gernod Rosenbaum verhandelt. Die STV will dem beklagten Bauern mittels neuen Aufbereiterrechnungen alten Nachbau nachweisen. Die Rechnungen hatte sich die STV beim Aufbereiter ohne das Wissen des Bauern be-

sorgt. Diese Beweisführung der STV lehnte das Landgericht München ab, am 19. Dezember folgt nun also die durch die STV initiierte Berufungsverhandlung vor dem Oberlandesgericht. Es verspricht spannend zu werden!

Danach Treffen der IG Nachbau, Infos über Georg Janßen, 04131/407757

EU-Impfpolitik noch nicht sicher

Kritische Anmerkungen zum Stand der Diskussion über den Umgang mit der Maul- und Klauenseuche in Europa

Kein Tötungsgrund

Eine fehlerhafte Kennzeichnung reicht nicht aus um Tiere töten zu lassen, entschied der Bundestag Mitte November. In seiner Stellungnahme strich der Bundesrat den entsprechenden Absatz aus dem Entwurf der EU-Verordnung zur Überwachung tierischer Erzeugnisse. Die EU-Verordnung regelt die Überwachung vom Erzeuger bis Verbraucher. Begründet wurde die Entscheidung, dass es für alle Tiere möglich sein muss, die Herkunft zu ermitteln – und nicht wie im Entwurf vorgesehen nur für Pferde.

Begrüßt hat der Bundesrat die vorgesehenen Ausnahmen für kleinere Schlachtbetriebe. Während der Schlachtkörperuntersuchung soll es Spielräume für die Anwesenheit des Amtstierarztes geben, so *agrar-europe*. ms

Die, zugegeben, sehr fleißige Arbeit der Mitglieder des Sonderausschusses des EU-Parlaments zur Maul- und Klauenseuche (MKS) hat inzwischen zur Publikation mehrerer Berichtsentwürfe und Änderungsanträge geführt, die zusammen mehr als 200 Seiten umfassen. Die Parlamentarier haben enorme Anstrengungen unternommen, das MKS-Bekämpfungsdessasters im Jahr 2001 aufzuarbeiten. Sicherlich wird das ganze Ausmaß der Tragödie, einschließlich der enormen Schäden an Mensch und Tier, deutlich gemacht. Auch sind Ansätze ersichtlich, eine Diskussion auf Ebene der Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission anzusto-

vernichtet. Aber auch in den anderen europäischen Staaten könnte der Massentötung gesunder Tiere eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden: So ist in einem Entwurf der EU-Kommission zur Änderung der Richtlinie 85/511/EG (Maßnahmen zur Kontrolle der MKS) weiterhin die Rede von einer „vorbeugenden Depopulation von Betrieben ... und wenn nötig, auch von Kontaktbetrieben“. Auch in den Papieren des Ausschusses tauchen immer wieder Formulierungen auf, die eben nicht auf eine Änderung der bestehenden Strategien hinweisen. Im Kompromissänderungsantrag werden „Notimpfungen mit dem Ziel, die Tiere für ihre

weitere normale Verwertung leben zu lassen,“ als „eine Option erster Wahl ... gleich wie die Schlachtung“ genannt.

Hierbei handelt es sich, wohlgemerkt, um Vorschläge und Entwürfe, aber dass sie in dieser Form nach den traumatischen Erfahrungen des Jahres 2001 zu Papier gebracht und zur Diskussion gestellt werden, ist erschreckend. Wie der endgültige Bericht aussehen wird, der

im Dezember dem EU-Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden soll, bleibt abzuwarten.

Mehr Befugnis an Landwirte und Tierärzte!

Wohin politisch motivierte Entscheidungen und Schlachtungen als erste Wahl bei der Seuchenbekämpfung geführt haben, ist uns allen als Landwirten und Tierhaltern nur zu schmerzhaft gegenwärtig. Die Rückschlüsse, die aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses gezogen werden müssen, sind die folgenden:

Tierseuchenbekämpfung ist in die Hände der Fachleute zu legen, das heißt, der Veterinärbehörden und Tierärzte in Zusammenarbeit mit den Landwirten auf regionaler Ebene. Diese müssen absolut unabhängig von politischer Einflussnahme in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen und Maßnahmenkataloge aufzustellen und durchzuführen. Es müssen die nötigen finanziellen und personellen Mittel bereitgestellt werden, um im Notfall schnell und effizient handeln zu können. Es wird immer wieder deutlich, dass sich

die Veterinäre in den Behörden und vor Ort dem politischen Druck unterwerfen müssen, der von den wirtschaftlichen Interessen einiger Weniger beeinflusst wird und der einer fachlich und wissenschaftlich kompetenten Tierseuchenbekämpfung jegliche Handlungsgrundlage entzieht.

Bewußte Irreführung der Verbraucher

Es zieht sich inzwischen wie ein roter Faden durch die Geschichte der „modernen“ Tierseuchenbekämpfung: Die Politik, aus den verschiedensten Gründen, erklärt sich zuständig, die Menschheit (sprich Verbraucherinnen und Verbraucher) vor den Konsequenzen irgendwelcher in den Medien hochgespielten scheinbaren Gefahren für Leib und Leben zu schützen. So war eines der Argumente gegen die MKS-Impfung in Großbritannien: Man könne dem Verbraucher nicht zumuten, geimpftes Fleisch zu konsumieren. Dass wir aber in Europa jahrelang Rindfleisch von Tieren, die gegen MKS wie auch gegen alle möglichen sonstigen Krankheiten geimpft worden sind, verzehrt haben und noch verzehren, diese Tatsache ist, sehr praktisch, bei der Argumentation einfach vergessen worden.

Jetzt Chancen nutzen

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die zuständigen Dienststellen der EU-Kommission und die Vertreter der Mitgliedsstaaten mit dem Bericht auseinandersetzen werden und akzeptable Pläne und Maßnahmenkataloge für die Zukunft erstellen werden. Eines ist klar: Eine erfolgreiche Tierseuchenpolitik ist nur mit der Kooperation der betroffenen Landwirte und Tierhalter zu erreichen. Diese ist, sollten die derzeit geltenden Bekämpfungsrichtlinien nicht drastisch geändert werden, in Zukunft nicht mehr zu erzielen. Und ironischerweise können wir Landwirte diesmal auf die uneingeschränkte Unterstützung der Verbraucherinnen und Verbraucher gegen die Politik rechnen. Es gilt, diese Chance zu nutzen.

Sabine Zentis, Aktionsbündnis für MKS-Schutzimpfung: www.mks-schutzimpfung.de sowie European Livestock Alliance (ELA): www.ela-europe.org

Der gemeinnützige Verein ELA wurde anlässlich des MKS-Ausbruchs von 2001 gegründet von britischen, niederländischen und deutschen Wissenschaftlern, Tierärzten, Tierhaltern und Züchtern und ist europaweit tätig. Er fördert die Beratung, Entwicklung und Unterstützung von Systemen der Zucht, Haltung und Erhaltung von Nutztieren in Europa, die mit akzeptierten Standards des Tiereschutzes, der genetischen Vielfalt, des Umweltschutzes und dem Erhalt der ländlichen Infrastruktur vereinbar sind.



Bisher bestimmen die wirtschaftlichen Interessen einiger Weniger den Umgang mit der Maul- und Klauenseuche, beklagt Sabine Zentis vom Aktionsbündnis für MKS-Schutzimpfung. Foto: Eisenberg

ßen, um Änderungen in den derzeit angewandten Bekämpfungsprogrammen zu erzielen. Aber wird das gesteckte Ziel, nämlich aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, erreicht? Aus folgenden Gründen erscheint dies sehr zweifelhaft:

Weiterhin Massentötungen?

Es ist bewusst darauf verzichtet worden, die Schuldigen zu benennen. So ist die Gefahr groß, dass die gleichen Personen und Institutionen im Wiederholungsfalle genauso handeln, wenn sie mit den Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht „schmerzhaft“ konfrontiert werden. Die Diskussion um die so genannte „Animal Health Bill“ in Großbritannien ist ein Beispiel dafür. Die britische Regierung versucht hier, durch die Hintertür im Nachhinein eine gesetzliche Legitimation für die Massentötungen des letzten Jahres zu schaffen und gleichzeitig für die Zukunft eben diese Maßnahmen quasi gesetzlich zu verankern. Die Bedingungen zum Einsatz von Keulungen sind beliebig erweiterbar: von MKS über BSE, Schweinepest und Scrapie – bei Bedarf wird getötet und

Unmut über Milchpreise steigt

In Bayern und Hessen stimmen Bauern über Milchlieferboykott an Molkereien ab

In einigen Regionen Bayerns und Hessens hat der gesunkene Milchpreis Bauern dazu gebracht, über einen Milchstreik nachzudenken oder diesen lautstark zu fordern. Seit Jahresbeginn fiel der Auszahlungspreis deutlich. Vor den kommenden weiteren Senkungen des Interventionspreises bei Magermilchpulver und Butter sehen viele Bauern die Schmerzgrenze



Die Arbeit des Melkens gerecht bezahlen.

Foto: Schimpf

überschritten. Die Bauernverbände in beiden Bundesländern reagierten nun mit einer breiten Befragung aller Milchbauern. In Fragebögen sollen die Bauern eine verbindliche Zusage über ihre Teilnahme an einem Streik mitteilen. „Wir befragen die komplette Familie dazu, ob wir einen Milchstreik machen und wie weit er ausgedehnt werden soll, um die Sicherheit zu haben, dass wir alles abgesprochen tun“, so der Vizepräsident des hessischen Bauernverbandes, Friedhelm Schneider.

Wenn Bauernverbände das Thema Streik aufgreifen, muss der Druck von ihren Mitgliedern enorm sein. Gegenüber der *Lebensmittelzeitung* spricht Hans-Jürgen Seufferlein, Geschäftsführer des Zentralverbandes der bayerischen Milcherzeuger, von einer „nicht zu bändigenden Bewegung“. Um gleich auf mögliche rechtliche Folgen wie harte Strafen bei Verstößen gegen die Lieferpflicht hinzuweisen. In Hessen gärt es vor allem in den Regionen Fulda und Marburg, so Schneider. Andere Marktkenner weisen darauf hin, dass in Hessen nur vier Prozent der bundesweit erzeugten Milch gemolken werden, während es in Bayern 25 Prozent sind. Kein Wunder also, dass die Bayern vorgelegt haben. Schon im Frühsommer diskutierten erste Milchliefergemeinschaften über einen Milchstreik, um die Molkereien zu

besseren Auszahlungspreisen und den Lebensmittelhandel zu angemessenen Preisen für Milch und Milchprodukte zu bewegen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg denken Bauern laut über den Streik nach.

Welche Erfolgsaussichten?

Manche Vertreter des Bauernverbandes wiegelten schon ab, dass ein Streik nur flächendeckend und bundesweit Erfolg haben könne, so der Milchexperte des DBV, Rudolf Schmidt. Der Vizepräsident des hessischen Bauernverbandes Friedhelm Schneider kommt zu der Einschätzung, dass sich keine Mehrheit für einen Milchstreik finden wird und weist auf andere Möglichkeiten wie Gespräche zwischen Bauernverband, Molkereien und mit Discountern hin. Denn „Ramschartikel haben wir genug, wir müssen Lebensmittel nicht verramschen“, so Schneider.

Romuald Schaber vom Bund deutscher Milchviehalter verweist auf einen erfolgreichen Streik in Irland. Vor über zehn Jahren konnten dort die Bauern die Molkereien nach drei Tagen Lieferstopp zu den geforderten Preiserhöhungen bewegen. Sein Verband befragt ebenfalls die Mitglieder, deswegen kommt Schaber zu der Einschätzung, dass es noch einige Zeit dauern werde, falls es zu einem Streik komme. Was von Bauernverbandsseite so rasch als chancenlos beiseite geschoben wird, gilt es hingegen genau zu prüfen:

Ab wann kommt es bei welchen Molkereien gegenüber dem Handel zu Lieferengpässen? Wenn Streiks bei privaten Molkereien ansetzen, fällt das Argument weg, die eigene Genossenschaftsmolkerei zu gefährden. Wie erfolgreich können regionale Streiks bei der geringen Lagerhaltung von Supermärkten sein? Wenn die Streiks mit Aktionen vor Supermärkten begleitet werden und Kontakte zu Verbrauchern gesucht werden, können Molkereien schneller bessere Preise gegenüber dem Handel durchsetzen. Über die Bauernverbände könnte ein Teil des Verlustes des Milchgeldes ausgeglichen werden. Wenn es fairen Kaffee gibt, warum nicht auch faire Milch, die den Bauern einen kostendeckenden Grundpreis sichert? *ms*

KURZES AM RANDE

CMA-Gütesiegel verboten

Etwa 30 Jahre nach seiner Einführung ist das Gütezeichen „Markenqualität aus deutschen Landen“ verboten worden. Der Europäische Gerichtshof entschied am 5. November, mit dem Etikett habe die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) gegen das Gemeinschaftsrecht verstoßen. Da in der Werbebotschaft die deutsche Herkunft betont werde, könne der Verbraucher dazu veranlasst werden, anstelle importierter Erzeugnisse die mit dem Zeichen versehenen Produkte zu kaufen. Dies stelle eine potenzielle Beschränkung des freien EU-Warenverkehrs dar, heißt es in dem Urteil. Daran ändere sich auch durch die Freiwilligkeit des CMA-Siegels nichts. CMA-Geschäftsführer Jörn Dwehus kündigte in der aktuellen Ausgabe von *Agra-Europe* an, das Gütezeichen künftig nur noch mit dem Slogan „Geprüfte Markenqualität“ versehen und auch für ausländische Anbieter öffnen zu wollen. Ein Mitarbeiter von EU-Agrarkommissar Franz Fischler äußerte allerdings Zweifel, ob dies ausreiche, um die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes zu erfüllen. Vermutlich werde die CMA auf eine rein privatwirtschaftliche Grundlage gestellt werden müssen. Aufmerksame Leserinnen und Leser werden sich erinnern, dass die Bauernstimme in ihrer letzten Ausgabe bereits den Sinn und Unsinn der CMA-Werbung thematisierte (BS 11/02, S. 24). la

Urteil gegen Dumpingpreise

Supermärkte dürfen auch weiterhin Grundnahrungsmittel nicht unter dem Einstandspreis verkaufen. Wie *Agra-Europe* in seiner jüngsten Ausgabe meldet, bestätigte der Bundesgerichtshof eine Entscheidung des Bundeskartellamtes vom September 2000. Dieses hatte den Supermarktketten Lidl, Aldi Nord und Wal Mart untersagt, kleine und mittlere Konkurrenten mit Dauerniedrigpreisen auszubooten. Im Sommer vor zwei Jahren hatte Wal Mart den Verkaufspreis von H-Milch unter das Niveau seiner Konkurrenten Lidl und Aldi gesenkt, die nun ihrerseits die Preise senkten und damit unter ihrem Einkaufspreis verkauften. Dies war auch wenig später bei Wal Mart der Fall, als dessen Lieferanten die Preise erhöhten. Das darauf folgende Einschreiten der Kartellbehörde war damals von Aldi und Lidl akzeptiert worden, Wal Mart aber hatte Beschwerde eingelegt. la

Gentechnik-Orientierungswert

Nachdem bei Kontrollen vor der Auslieferung in Öko-Futter geringe Spuren von gentechnischen Verunreinigungen in Soja gefunden wurden, gab der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) ein Rechtsgutachten in Auftrag. Landesbehörden aus Sachsen-Anhalt waren nach den Funden zu der Einschätzung gekommen, dass selbst geringste Spuren von Verunreinigungen zur Aberkennung von Ökoware führen müsse. Dem folgte der Gutachter nicht. Der BÖLW geht nun rechtlich abgesichert mit der Empfehlung an die Behörden, gentechnische Verunreinigungen bis zu einem Orientierungswert von 0,5 Prozent weiterhin als Ökoware zu tolerieren, denn auch bei gentechnikfreier Produktion seien Verunreinigungen nicht mehr völlig auszuschließen. Damit verabschiedet sich der BÖLW von der noch vor einem Monat von Bio-Bauern erhobene Forderung, bei Futtermittel und Lebensmitteln keine gentechnische Verunreinigung als gentechnikfrei zu kennzeichnen. Gerade darüber wird in Brüssel und Straßburg momentan heftig gestritten. Viele Bio-Bauern werden von dem vorzeitigen Einlenken des BÖLW enttäuscht sein. *ms*

Preiskampf zwischen Aldi und Lidl

Nach Berichten der *Lebensmittelzeitung* geht der Preiskampf zwischen den Discountern Aldi und Lidl in eine neue Runde. Aldi reagierte gereizt auf neue Billigangebote des Konkurrenten bei Kaffee, Obst sowie Gemüse und sieht seine Preisführerschaft in Gefahr. Innerhalb einer Woche senkten beide Ketten ihre Preise für 2 kg Orangen von 1,39 Cent auf 99 bei Lidl und 95 Cent bei Aldi. Nach Einschätzung der *Lebensmittelzeitung* verfüge Aldi Nord und Aldi Süd im Gegensatz zu vielen Konkurrenten noch über ausreichende Reserven für einen lange Auseinandersetzung um Niedrigstpreise. *ms*

Milchwirtschaft plant eigene Kontrolle

Die Milchindustrie wird sich nicht am Qualität- und Sicherheitssystem der Fleischwirtschaft (QS) beteiligen. Es sei effizient, das vorhandene System der Molkereien auszubauen und auf die Höfe auszudehnen, als ein neues einzuführen, so Karl Ottmers gegenüber der *Lebensmittelzeitung*. Probleme mit der Umsetzung der Anforderungen werden die Milcherzeuger nicht haben, so Ottmers. *ms*

Vergessen Sie das Politikge-
rede, bekommen Sie ihren
Hof in den Griff,“ mahnte
Arndt Reil von der Bundesfor-
schungsanstalt für Landwirt-
schaft aus Braunschweig am
9. November im bayerischen
Babensham. Nur folgten die
anwesenden Bäuerinnen und
Bauern seinem Rat nicht. Ein-
nen ganzen Tag diskutierten
sie und Vertreter von For-
schung und Politik auf der
Milchtagung der AbL-Regio-
nalgruppe Chiemgau Inn Sal-
zach die Frage: „Milchquote:
Weiter so? Ändern? Abschaf-
fen? Was wollen wir Bauern?“.
Die erste Antwort der Bauern:
einen gerechten Preis für die
Milch.

In der EU sind aber gerade wei-
tere Preissenkungen für die
Milch geplant. Vier Modelle
stehen zur Debatte. Zuerst die
Durchführung der Agenda
2000 wie geplant mit Auswei-
tung der Quoten um 1,6 Prozent
und einer Absenkung der Interventions-
preise für Butter und Magermilchpul-
ver um 15 Prozent ab 2005. Modell
zwei sieht eine weitere Stufe der Agen-
da vor: Ausweitung der Quoten um
weitere fünf Prozent verbunden mit
weiteren Senkungen der Interventions-
preise bei Butter um 15 und bei
Magermilchpulver um fünf Prozent.
Modell drei besteht aus einer Binnen-
markt- und Exportquote zu unter-
schiedlichen Preisen, wie in Kanada als
AC-Quoten bereits eingeführt. Modell
vier ist der Ausstieg aus der Quotenre-
gelung.

Nicht dem Wettbewerb überlassen

Nach den Ausführungen von Helmut
Hoffmann von der Universität Weihen-
stephan hat die Mehrheit der bayeri-
schen Milchviehbetriebe Produk-
tionskosten, die über dem gegenwärtigen
Milchpreis liegen. Gerade Betriebe
mit Kuhbeständen zwischen 20 und
50 Tieren werden bei weiteren Preis-
senkungen der Milch in Richtung des
weiter sinkenden Interventionsprei-
ses nicht mehr mithalten können.
Hoffmann folgerte, dass für den Erhalt
von der Milchwirtschaft in der Fläche
andere Maßnahmen als die von der
EU-Kommission geplanten notwendig
seien. Über gestützte Milchpreise sei
beispielsweise der Erhalt von Arbeits-
plätzen im ländlichen Raum möglich.
Wenn es im gesellschaftlichen Inter-
esse liege, Kulturlandschaft zu bewah-
ren, könne es nicht alleine dem Wett-
bewerb überlassen werden, sie zu er-
halten.

Kritik an EU-Modellen

Bayerische Milchbauern diskutieren die Zukunft der EU-Milchpolitik



Auf der Milchtagung diskutierten (v.r. n.l.) Wolfgang Reimer (BNVEL), Arndt Reil (FAL), Helmut Hoffmann (Uni Weihenstephan) moderiert von Sepp Dachsenberger (r.)
Foto: Schimpf

Subventionsabbau mitdenken

Wolfgang Reimer vom Bundesministe-
rium für Verbraucherschutz, Ernäh-
rung und Landwirtschaft betonte, dass
die EU-Osterweiterung, die WTO-Ver-
handlungen sowie die Halbzeitbewer-
tung den entscheidende Rahmen für
die Milchpolitik bilden. Infolge der
WTO-Verhandlungen werde die EU
ihre Subventionen für den Export von
Milch kürzen müssen. Da die Eigenver-
sorgung der EU bei Milch bei 120 Pro-
zent liege, werden die bislang export-
subventionierten 10 Prozent bzw. gut
neun Mio. t Milch auf den Markt drü-
cken. Derzeit zeichne sich zwar eine
Mehrheit für die Fortsetzung der Quo-
tenregelung ab; die Überschussmilch
könne aber bei reduzierten Exportsub-
ventionen nur abgesetzt werden, wenn
die Interventionspreise – wie nach der
Agenda 2000 vorgesehen – gekürzt sei-
en. Da nach dem Gipfelbeschluss die
Obergrenze der Agrargelder bis 2006
ca. 1 Mrd. Euro „Luft“ biete, während
im Jahr 2013 rund eine Mrd. fehle,
müsse darüber nachgedacht werden,
ob nicht der Agenda 2000 Schritt vor-
gezogen werde und die Milchviehhal-
ter neben dem geplanten Agenda 2000
Teil-Ausgleich zusätzlich über die Mo-
dulation eine Grünlandgrundförde-
rung (Agrarumweltprogramme) bzw.
eine erhöhte Ausgleichszulage in be-
nachteiligten Gebieten bekämen.

Gleitender Quotenausstieg

Zu mehr Selbstbewusstsein für das ei-
gene Einkommen sprach sich Arndt
Reil von der FAL aus. Wie in anderen
Wirtschaftsbereichen gelte es, jährli-

che Steigerungen anzustreben. Vorbild
seien die europäischen Milchlandwirte
(EDF). In jeder Region gebe es Betrie-
be, die mit den gleichen äußeren Rah-
menbedingungen der internationalen
Konkurrenz gewachsen seien. Auch er-
teilte die milcherzeugenden Betriebe in
drei Gruppen, konzentrierte sich aber
auf die Spitzengruppe von gut 10 Pro-
zent. Sein Fazit war, ab 2015 oder spä-
ter im Gleitflug mittelfristig aus der
Quote auszusteigen. Denn entschei-
dend sei der Preis des begrenzenden
Faktors bei der Produktion, ob teure
Färsen oder teure Quoten. Wenn die
Quote das Wachstum des Betriebes
einschränke und nur noch um ein Cent
höhere Milchpreis sichere, sei es Zeit
für den Ausstieg.

Rege Diskussion

Unterschiedliche Einschätzungen gibt
es zur Ausweitung der Milcherzeugung
in der EU, wenn die Quote fallen sollte:
in dänischen Untersuchungen wird
von zehn, in schweizer Studien sowie
in einer Umfrage der bayerischen Mol-
kereie Weihenstephan sogar von 30 Pro-
zent ausgegangen. Einig waren sich
Hoffmann und Reimer, dass eine Redu-
zierung der Milchquoten in der EU
nicht durchsetzbar seien. Viel Zusamm-
enhang erhielt das AC-Modell, auch
wenn teils Bedenken geäußert wurden,
ob es von der WTO akzeptiert werde.
Vorteil des AC-Modells sahen die Bauern
in gerechten Preisen für die Bauern, die
für den EU-Markt Milch erzeugen, und
niedrige Preise ohne enge Mengenbeschränkung
für jene Bauern, die auf den Weltmarkt
setzen wollen.

Hans Foldenauer vom Kri-
senstab kritisierte die Milch-
politik der letzten Jahrzehnte.
Für den Staat habe die Quote
funktioniert, deutliche Kos-
teneinsparung seien für öffent-
liche Haushalte erzielt wor-
den. Doch für Bauern gelte das
nicht, es sei kein Gleichge-
wicht zwischen Angebot und
Nachfrage auf dem Milch-
markt erzielt worden. Ein Ver-
treter aus der Schweiz berich-
tete vom Unmut unter den
Bauern über den Plan der Re-
gierung, 2007 aus der Quoten-
regelung auszusteigen. Vor al-
lem im Berggebieten bedeute
das für viele der Milchbauern
entweder einen Umstieg auf
Mutterkuhhaltung oder das
Aus der Landwirtschaft.

Korrekturen gefordert

Die drei agrarpolitischen Or-
ganisationen AbL, Inter-
sensgemeinschaft Milchvieh-
halter Oberbayern und Bund

deutscher Milchviehhalter einigten
sich am Ende der Tagung auf eine ge-
meinsame Position zur Reform der
Milchpolitik: Beibehaltung der Men-
genregulierung für Milch ähnlich wie
im Modell eins der EU-Kommission
vorgesehen, doch Rücknahme der
Quotenausweitung und der Reduzie-
rung der Interventionspreise. Ziel ist
es, das EU-Milchangebot mit der Nach-
frage in Einklang zu bringen. Für den
Bund deutscher Milchviehhalter er-
gänzte Romuald Schaber, dass sie die
eingesetzten Gelder der Milchmarkt-
ordnung erhalten wollen. Für die AbL
forderte Bernd Voss vom Bundesvor-
stand weiterhin eine flächendeckende
Landwirtschaft, die einkommenssi-
chernd ist und nicht in Konkurrenz zur
menschlichen Ernährung steht – also
vom Grünland kommt. Bei dem heute
in Deutschland angewandten Börsen
für Milch könnten die Regeln so gesal-
tet werden, dass sie Arbeitsplätze und
die Grünlandbindung unterstützen. So
könne bei den Börsen je 10.000 kg er-
worbene Quote eine Fläche von einem
Hektar oder je 300.000 kg eine Arbeits-
kraft nachgewiesen werden.

Am Ende der abendlichen Diskus-
sionsveranstaltung erklärte Arndt Reil
Besonderheiten der irischen Milcher-
zeugung, die sich nicht auf Höchstlei-
stungen sondern auf Kostenreduzie-
rung konzentrierte. Mit intensiver
Weidenutzung und geringem Kraftfut-
tereinsatz melken irische Bauern gut
6.000 kg Milch je Kuh und sparen Geld
in der Erzeugung. Da hörte ihm manch
ein Bauern interessiert zu, auch wenn
andere wieder wussten, dass in Bayern
alles anders sei. ms

Ungewohnt zerstörerische Stürme, sich häufende Jahrhunderthochwasser, abschmelzende Gletscher, massive Murenabgänge in den Bergen: die Katastrophenmeldungen geben sich die Klinke in die Hand.

Betriebsspiegel:

Gemüsebaubetrieb mit zwölf ha Land, davon sechs ha Ackerfläche mit Gemüse-, Kartoffel- und Erdbeeranbau
Gewächshaus mit 1.300 Quadratmetern
Fünf Mutterkühe mit Nachzucht

Die Rückversicherungen schlagen Alarm und kündigen an, dass die Versicherungsprämien für Umweltschäden drastisch steigen werden. Die Ursachen liegen – inzwischen von allen ernstzunehmenden Fachleuten unbestritten – weitgehend in unserem immensen Verbrauch an fossilen Energien und dem damit verbundenen Anstieg von CO² in der Atmosphäre.

Wir wollten uns mit der stets allgemei-

nen Betroffenheit und dem sich anschließenden „Weiter so!“ nicht mehr abfinden und beschossen vor einigen Jahren, unseren Energiebedarf künftig umweltfreundlich zu decken.

Als Erstes ersetzen wir unseren 1981 selbst gebauten, inzwischen altersschwachen Warmwasserkollektor durch einen neuen. Als uns bekannt wurde, dass in unserem Landkreis die erste Windkraftanlage errichtet wird,

beteiligten wir uns daran, um die von uns verbrauchten 13.000 kWh Strom damit zu erzeugen.

Als wir schließlich 1996 auch noch eine Hackschnitzelheizung bauten, mit der wir inzwischen unser gesamtes Anwesen einschließlich der Gewächshäuser heizen, und dazu unser Auto noch zum Betrieb mit kaltgepressten Pflanzenöl umbauen ließen, mussten wir uns von vielen besorgten Mitbürgern die Unwirtschaftlichkeit unseres Tuns vorrechnen lassen.

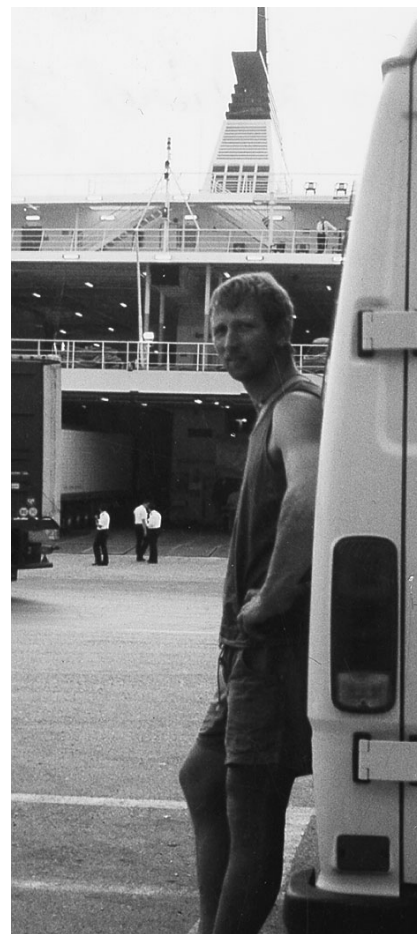
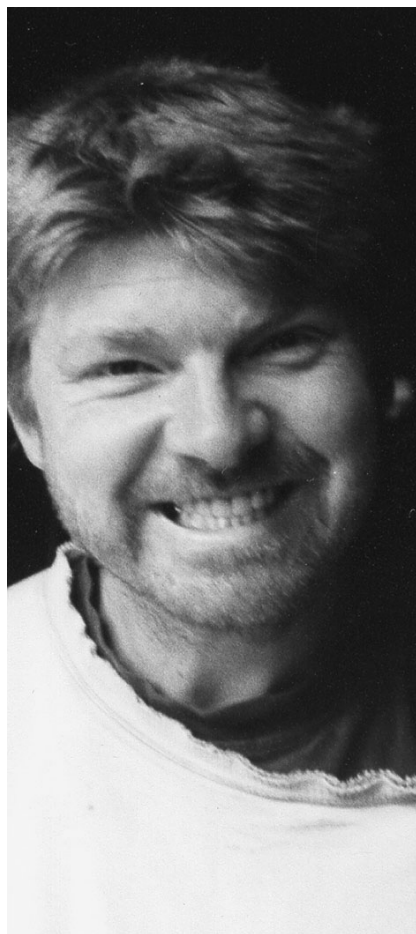
Dank des Energieeinspeisegesetzes sind wir seit Mai 2000 auch noch stolze Besitzer einer 12kW-Fotovoltaikanlage und einer weiteren großen Windkraftanlage an der Ostsee. Unser Lieferwagen fährt mittlerweile auch mit Pflanzenöl, und im Agenda 21-Arbeitskreis unserer Gemeinde haben wir maßgeblich eine 50kW-Bürgerfotovoltaikanlage mitinitiiert.

Inzwischen hat sich aufgrund gestiegener Ölpreise und der Ökosteuer auch das Blatt der Wirtschaftlichkeit gewendet. All die erwähnten Anlagen und Maßnahmen rechnen sich jetzt, aber neues Unbill steht ins Haus.

Weil es so umweltschädlich ist, fliegen wir nicht, sondern fahren mit Bahn und Schiff. Das wiederum verstehen viele unserer Mitmenschen nicht, denn dadurch ist nicht nur unser Aktionsradius begrenzt. Nein, es rechnet sich (leider) auch (noch) nicht.

Josef und Edith Lirsch

Umweltfreundliche Energie



Kürzlich schrieb unser junges Bundesvorstandsmitglied Arnd Berner an dieser Stelle über die letzte Fahrt mit seiner Spritze. Auch er jetzt ein Umsteller, ebenso wie ich. Überhaupt gibt es einige Parallelen zwischen uns – früher hatten wir lange Haare, heute tragen wir gerne Sakko – wobei er natürlich die bei weitem steilere politische Karriere vorzuweisen hat. Während er den Altersschnitt des Bundesvorstands deutlich nach unten zieht, liegt meine Zeit als Mitglied des AbL-Landesverbandsvorstands schon lange zurück. Zwei Jahre war ich im Vorstand, danach wurde der Landesverband aufgelöst. Saubere Arbeit, muss ich sagen.

Meine letzte Spritzung liegt schon länger zurück. Wobei ich selbst nie gespritzt habe. Bei meinem einzigen Versuch bin ich gleich mit dem Gestänge an der Böschung hängengeblieben. Da habe ich es lieber meinen Vater machen lassen, und er sagte dazu: „Ja ja, man muss erst die Alten aufbrauchen, bevor man die Neuen anbricht ...“. Eine Aussage, der ich nur zustimmen kann. Wie dem auch sei, irgendwann hatte unsere Spritze ausgedient. Ich habe sie für einen Futtermischwagen in Zahlung gegeben. Als sie abgeholt wurde, stand mein Vater mit traurigen Augen auf dem Hof. Da wusste er wohl, dass ich es ernst meine mit meinen Umstellungsplänen. Meine Tochter fragte: „Papa, warum nimmst du die Laster den Giftspritzer mit?“ „Das heißt Pflanzenschutzspritze“ verbesserte ich, „die brauchen wir jetzt nicht mehr. Ich werd jetzt Biobauer.“

Bis zum 30. September musste der Antrag auf Umstellungsförderung beim

Amt für ländliche Räume eingegangen sein. Nachmittags war ich noch bei einem meiner Verpächter, um den Pachtvertrag bis Ende 2007 zu verlängern, damit ich auch für jene Flächen die Förderung in Anspruch nehmen kann. Am späten Nachmittag fuhr die Liebste dann nach Kiel, um den Antrag abzugeben. Sie fand das Tor verschlossen und stellte sich in die Schlange vor dem Briefkasten, vor dem schon andere Liebhaber der letzten Stunde standen. Sie warf den Antrag ein und rief mich an. Nach einer Schrecksekunde – ich sah schon den Ablehnungsbescheid vor meinem inneren Auge – telefonierte ich mit dem Amt. Der Pförtner war noch da. Er holte die Anträge aus dem Kasten und versah sie mit dem Ein-

gangsstempel. Mir fiel ein Felsen vom Herzen.

Wenn alles klargeht, werde ich zum Ende des Jahres 2003 zum ersten Mal die Umstellungsförderung erhalten. Bis dahin wird es eine harte Zeit. Hohe Kosten, weniger Einnahmen. Zum Glück habe ich ein kleines privates Polster, mit dem ich Engpässe überwinden kann.

Viel Arbeit wird es geben in den nächsten Monaten. Der Stall muss umgebaut werden, der Laufhof fertiggestellt werden; ich muss Lagerraum für eigenes Futtermittel schaffen.

Trotzdem habe ich jetzt ein gutes Gefühl. Endlich ist es ernst geworden mit der alten Idee, den Hof umzustellen. Endlich kann ich wirklich alles, was ich

Unser Biobauer

Betriebsspiegel:

45 ha Ackerland (Futter- und Marktf Frucht); 55 ha meist natürliches Grünland; 60 Kühe mit weiblicher Nachzucht (schwarzbunt, Boxenlaufstall); 45 Bullen in Schleswig-Holstein

auf dem Hof tue, mit gutem Gewissen tun. Und schon sagen mir Milchkunden, dass die Milch jetzt besser schmeckt. Ich kann zwar keinen Unterschied feststellen, aber egal.

Und neulich waren die Liebste und ich auf einer Fete der kleinen alternativen Randgruppe unseres Dorfes. Wir wurden vorgestellt als „unsere Biobauern, auf die wir alle stolz sind.“ Ich biss fast in den Tisch vor Lachen ...

Matthias Stührwoldt

Schweinehalter fürchten Schlachtmonopol

Besorgt über die Konzentration der Schlachtunternehmen in Europa und deren Marktmacht ist die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nord-West-Deutschland (ISN): Durch den Aufkauf von sieben Schlachthöfen habe in den Niederlanden der Fleischkonzern Dumeco mittlerweile 45 Prozent Marktanteil bei Schweinen, der zweitgrößte Konzern Hendrix weitere 35 Prozent. Der Auszahlungspreis der niederländischen Landwirte habe sich im Vergleich zum deutschen Nordwest-Preis deutlich verschlechtert: „Dem Vertragslandwirt fehlen schnell vier bis fünf Euro je Mastschwein“, so ISN-Vorstandsmitglied Schulze Tenhoff. Das sei erst ein Vorgeschmack auf die geplante Fusion von Westfleisch und Nordfleisch zum größten deutschen Schlachtkonzern, der mit 2,5 Mrd. Euro Umsatz, neun Mio. Schweinen und 600.000 Rindern fast eine Monopolstellung erreichen und dann seine „Muskeln spielen lassen“ könne. Aufsichtsratsvorsitzender der Nordfleisch ist Bauernverbands-Vize Niemeyer; in den Leitungsgremien von Nord- und Westfleisch sitzen etliche weitere Bauernverbands-Funktionäre. pm

Rückzahlung von Entsorgungsgebühren?

„Tierkörper-Entsorger kassierte bei den Bauern ab“ – so die *Schweriner Volkszeitung* über die staatlich veranlasste Korrektur der Gebühren bei der Entsorgung von Tierkörpern durch die Saria Bio-Industries GmbH. Saria ist eine Tochterfirma des Rethmann-Entsorgungskonzerns, der etwa ein Drittel aller deutschen Tierkörper-Verwertungsfabriken betreibt. Die Vergabe des regionalen Entsorgungs-Monopols in Mecklenburg-Vorpommern an Saria hatte vor Jahren zu Protesten der Landwirte geführt. Das Schweriner Landwirtschaftsministerium hat mit Saria nun vereinbart, dass sie kurzfristig eine neue Entgelt-Liste erstellt und Vorschläge zur Verrechnung der zuviel gezahlten Beiträge unterbreitet. pm

50 Bio-Prozent

Eine engere Zusammenarbeit vereinbart haben laut *Lebensmittel-Zeitung* die niederländischen Obst- und Gemüsevermarkter Eosta und Nautilus. Beide zusammen bündeln demnach mehr als 50 Prozent der Bioproduktion in den Niederlanden bei diesen Produkten, wobei Eosta Marktführer für Unterglasgemüse und Importobst ist und Nautilus Marktführer für Freilandgemüse. pm

KWS: Gentech und Öko

Parallel zu seinen Gentechnik-Aktivitäten und zur weiter betriebenen konventionellen Saatzucht will das Saatzucht-Unternehmen KWS Saat AG, Einbeck, sein Engagement in der Öko-Saatgutproduktion verstärken. Um die Kenntnisse im Ökobereich zu vertiefen, will man selber auf 350 ha Acker den Öko-Landbau praktizieren. pm

Mähdrescher-Markt

Claas hat etwa 44 Prozent des deutschen Mähdrescher-Markts, so der Fachverband Landtechnik. Die restlichen Mähdrescher-Verkäufe teilen sich John Deere, New Holland, Deutz-Fahr, Case, MF und Fendt. pm

Abstocken in Flandern

Das seit 1996 geltende Fusionsverbot für flämische Schweinehaltungsbetriebe im Rahmen der Umweltgesetzgebung, vor allem in Intensivregionen, will die belgische Regierung laut Ernährungsdienst aufheben. Allerdings müsse einer der zusammengehenden Betriebe seinen Bestand um ein Viertel abstocken. pm

Abstocken in Holland

Infolge des staatlichen Ankauf-Programms für Produktionsrechte ist in Holland der Sauenbestand in den letzten zwei Jahren um zehn Prozent gesunken. Als Folge davon wird laut *top agrar* ein Rückgang der Ferkelexporte nach Deutschland um 20 Prozent erwartet, zumal die Aujezki-Sanierung in Holland noch nicht abgeschlossen sei. en

NordLB ließ tragende Kühe schlachten

Wegen der Schlachtung von 35 tragenden Kühen prüft der Deutsche Tierschutzbund rechtliche Schritte gegen die Norddeutsche Landesbank (NordLB) und die Halberstädter Amtstierärztin. Eigentümer der Kühe aus der ehemaligen GbR Rohrsheim (Krs. Halberstadt) ist die NordLB, die GbR steht nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten unter Zwangsverwaltung. Der Bauernverband Halberstadt betonte laut „Volksstimme“, die Schlachtung tragender Kühe sei zwar nicht verboten, verstoße aber „gegen die übliche Praxis“. pm

KURZES AM RANDE

Betriebe im Griff...?

Den Betrieb im Griff – unter diesem Motto veranstaltete die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) ihre diesjährigen Unternehmertage in Leipzig. DLG-Präsident Philipp Freiherr von dem Bussche beklagte „verquere“ agrarpolitische Vorstellungen in Brüssel und Berlin sowie „lautstark gestellte Anforderungen der Gesellschaft“ als hinderlich auf dem bevorstehenden Weg in die Globalisierung. Die forcierte Unterstützung von „lokalen Strategien, wie ökologische Landwirtschaft oder Bauernhofcafés“, dürfe

selbst dabei: Präsident von dem Bussche, Gutsbesitzer aus Niedersachsen mit einem Ost-Betrieb von 950 ha. Außerdem DLG-Vorstandsmitglied Harald Isermeyer/Gifhorn als Mitgesellschafter eines Ackerbaubetriebs bei Oschersleben mit mehreren tausend ha und einer Bullenmast-Agrarfabrik bei Kleinwanzleben mit 15.000 Mastplätzen. Außerdem der Großbetriebs-Unternehmensberater Karl-Heinz Mann, zugleich Mitgesellschafter eines Großbetriebs im Osten. Ferner Bernd Abbenheren aus Twistingen/Süd-

oldenburg, Teilnehmer an einem Projekt, in dem zwei Raiffeisen-Genossenschaften zusammen mit Agrarbetrieben derzeit zwei Anlagen mit 5.000 Sauen und über 20.000 Aufzuchtplätzen in Sachsen-Anhalt betreiben, angegliedert drei weitere Anlagen mit 5.000 Sauen.

Auch dabei waren gleich zwei Vertreter der Rethmann'schen Güterverwaltung: Der Familie Rethmann gehört der größte europäische Abfallentsorgungs, Logistik- und Tierkörperverwertungs-Konzern Saria, seit kurzem im Verdacht von Millionenbetrügereien bei der illegalen Entsorgung giftiger Industrieabfälle. Seit



Neben leistungsfähigen Großbetrieben werde es auch andere geben, so der DLG-Präsident
Foto: Eisenberg

nicht zu Lasten der „Kostenführerschaft leistungsfähiger Großbetriebe“ gehen, z.B. durch eine Obergrenze bei betrieblicher Förderung. Vor allem den kostenminimierenden Belieferern der Nahrungsmittelindustrie gehöre die Zukunft. Daneben, so räumte er ein, werde es allerdings auch „andere Betriebe“ geben mit mehr Kundennähe und regionaler Wertschöpfung (attraktive Tierhaltung, Bio, Energie-lieferung, Landschaftspflege, Tourismus).

Lobby für Agrargiganten

Wohin nach Meinung der DLG die Reise gehen soll, das wurde erschreckend deutlich an der Auswahl der vorgestellten Betriebe. Zwar konnten auch einige wenige Vertreter mittlerer bis größerer Betriebe ihre Zukunftsstrategie vorstellen (allerdings nur in den Arbeitskreisen), herausgestellt aber wurden völlig andere Betriebsformen: zahlreiche Eigner oder Geschäftsführer von ostdeutschen Großbetrieben mit mehreren tausend Hektaren, zumeist im Besitz einiger weniger Gesellschafter (zu einem großen Teil „Wessis“). Hier eine Auswahl der so propagierten Unternehmen: Aus dem DLG-Vorstand

der Wende ist die Familie Rethmann auch Eigentümer von vier Gütern bei Sternberg und in Grambow/Nordwestmecklenburg mit insgesamt 6.000 ha, 7.000 Schweinemastplätzen, 800 Milchkühen, 650 Mutterkühen und 550 Mastbullen.

Bei den Unternehmertagen dabei waren natürlich auch zahlreiche Unternehmensberater. Hauptredner Dieter Künstling von der IAK Agrar Consulting GmbH befürwortete die Streichung aller Fördermittel für die Agrar-Sozialabsicherung und forderte eine staatliche Förderung von Weltmarkt-Exporten. Im Hinblick auf die großen ostdeutschen Agrargenossenschaften und Kapitalgesellschaften will Künstling vor allem eins: „Gesellschafter-Management“ zugunsten einer Konzentration der Gesellschafteranteile auf wenige Personen – am besten durch den Ankauf der Geschäftsanteile durch die Betriebsleiter oder externe Investoren.

Offenbar erfährt das Motto der DLG-Tagung („Den Betrieb im Griff“) so seinen wahren Sinn: immer weniger Bauernhöfe zugunsten einiger weniger Agrarindustriebetriebe – und die im „festen Griff“ weniger Agrarindustrieller. ril

Während die allgemeine Öffentlichkeit die Europäische Union vor allem unter den Vorzeichen von Osterweiterung und Maastricht-Kriterien betrachtet, wächst auf dem Feld der EU-Agrarpolitik ein Reformkonzept heran, das erhebliche Änderungen ermöglicht und vorsieht. Die EU-Kommission ist dabei, ihre Vorschläge vom Juli 2002 zu vertiefen und zu konkretisieren. Anfang kommenden Jahres werden sie vorgestellt und für neue Bewegung sorgen.



Noch wird an konkreten Vorschlägen gearbeitet

Fischler stellt Entkopplung der Prämien nach vorne. Bei der Modulation ist die Frage, wie die Prämien an die Arbeit gebunden werden. Bundesministerium denkt über Vorziehen der Milchmarktreform nach. Ein Blick auf einige Diskussionen.

Bis Weihnachten haben die Beamten der EU-Kommission alle Hände voll zu tun, um die Vorschläge des Mid-term-Review (Halbzeitbericht zur Agenda 2000) in konkrete Gesetzgebungsvorschläge zu gießen. Nach dem EU-Rat vom 24./25. Oktober mit seinen Beschlüssen über die Finanzplanung wird es an einigen Stellen Korrekturen gegenüber den Juli-Vorschlägen der Kommission geben, doch großartig abspecken wird die Kommission ihr ambitioniertes Programm nicht. Das machen Gespräche mit Kommissar Fischler und Mitarbeitern von ihm deutlich.

WTO und Entkopplung

Anders als noch im Sommer führt Fischler nun als einen wesentlichen Grund für Reformen der EU-Agrarpolitik die WTO-Verhandlungen an. Ab März 2003 werden die Weichen gestellt, bis September 2003 müssen die Verhandlungspartner ihre Angebote auf den Tisch legen. Nicht nur die USA und die Länder der agrarexportorientierten CAIRNS-Gruppe fordern einen Abbau der Markt- und Exportstützung von der EU, auch die Entwicklungsländer treten gestärkt auf. Fischlers Strategie beinhaltet, mit einem deutlichen Angebot in diese Runde zu gehen. Ansonsten, so die Befürchtung, kommt die EU aus der Defensive gar nicht mehr raus. Die Entkopplung der Direktzahlungen von Produktionsfaktoren (Erzeugungsfäche, Tiere) würde nach dieser Logik Spielräume öffnen, weil sich damit das System dem US-amerikanischen annähern würde. Die Franzosen halten eine gänzlich andere Strategie für angemessen. Denn die USA würden auf vielfältige, zum Teil sehr verdeckte Art und Weise ihre Exporte stützen und damit einen fairen

Wettbewerb auf den Weltmärkten behindern. Es bestehe also gar kein Grund, sich demütig zu geben. Vielmehr müsse die EU in den Verhandlungen voller Selbstbewusstsein auftreten – nach dem Motto „was die können, können wir schon lange“.

„Sie können voller Selbstbewusstsein nach Genf fahren, entscheidend ist, wie Sie wieder nach Hause kommen“, hält ein hoher Beamter aus dem deutschen Bundeslandwirtschaftsministerium dieser auch vom Deutschen Bauernverband (DBV) vertretenen Auffassung entgegen. Dass auch der DBV insgeheim die Realitäten kennt, zeigen Äußerungen seines Generalsekretärs Born, der sich eine Entkopplung – wenn natürlich auch anders, als die Kommission es vorgeschlagen hat – sehr wohl vorstellen kann und nun die Diskussion so langsam beginnen will, um dann für eine Zeit nach 2007 zu einer Art „Kulturlandschaftsprämie“ zu kommen.

Modulation

Zur Modulation gibt es eine große Spannweite von Äußerungen. Sie reichen von „verschieben nach 2007“ bis „verändern und den Ratsbeschlüssen anpassen“. Klar scheint, dass die Modulation mit Modulationssätzen von bis zu 20 % nicht mehr gebracht wird, um schnell Geld in großem Stil in die Beitrittsländer umzuschichten. Dafür sieht die Finanzplanung des Rates bereits Mittel vor. Damit ist aber jene Modulation nicht hinfällig, die in den heutigen EU-Staaten zu einer Umwidmung von Mitteln aus der 1. Säule in die ländliche Entwicklung führt. Sie wird weiter verfolgt. Dabei spielt auch das Interesse Spaniens eine Rolle, nach der Verlagerung der Strukturfondsmittel im Zuge der Erweiterung in

Richtung Mittel- und Osteuropa zu einem teilweisen Ersatz zu kommen.

AbL-Modell besticht

Eine technische Frage, die die Kommission derzeit beschäftigt, ist aber die, ob der Verwaltungsaufwand für die vorgeschlagenen Freibeträge von 5.000 Euro für die ersten beiden Vollarbeitskräfte und von 3.000 für jede weitere AK im Betrieb zu leisten ist. Denn nach diesem von der Kommission bisher vorgeschlagenen Modell wären die nationalen Behörden verpflichtet, jede Teilzeitkraft auf den Betrieben zu prüfen und in Vollzeitkraft-Anteile umzurechnen. Die nationalen Regierungen haben in Brüssel aufgeheult und Nachdenken hervorgerufen.

Hier besticht das AbL-Modell aus der Kombination von nach Prämienhöhe gestaffelten Abzügen einerseits und andererseits der Möglichkeit für die von Kürzungen betroffenen Betriebe, auf Antrag einen Teil (AbL schlägt 50 % vor) ihrer tatsächlichen sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten in Ansatz zu bringen. D.h. die Kürzung würde per Computerprogramm errechnet und den Betrieben mitgeteilt, die dann mittels ihres Sozialversicherungsnachweises, auf dem die Lohnsummen ausgewiesen sind, die Lohnkosten oder einen Teil davon von der Kürzung freistellen können. Die Beweislast läge dann nicht bei allen Betrieben und den Verwaltungen, sondern bei den relativ wenigen Betrieben, die von der Kürzung betroffen wären. Die AbL hat vorgeschlagen, mit der Kürzung oberhalb 30.000 Euro Prämie pro Betrieb zu beginnen, so dass die Zahl der betroffenen Betriebe tatsächlich handhabbar wäre.

Der DBV lehnt die Modulation grundsätzlich ab, weil er jegliche Differenzie-

rung der Direktzahlungen ablehnt. Dabei ist ihm sehr wohl bewusst, dass die Finanzierung der Erweiterung und von Agrarmarkt-Reformen, deren Kosten im gedeckelten Finanzplan nicht berücksichtigt sind, zu Einsparungen bei den Direktzahlungen führen wird. Aber statt Staffellungen favorisiert er dann eine lineare Kürzung für alle um den gleichen Prozentsatz. Damit jedoch bleibt die Benachteiligung der arbeitsintensiven gegenüber den rationalisierten Betrieben bestehen, die Spanne bleibt gleich. Gekniffen wäre weiterhin die Mehrheit der Betriebe.

Milchmarkt

Vor dem Finanzbeschluss des Rates sah es so aus, als ob für Reformen im Milchmarkt das Geld fehlen würde für die Zahlungen eines Ausgleichs für Preissenkungen bei den Interventionsprodukten Butter und Magermilchpulver. Nun, wo zumindest bis 2007 noch etwas Luft im Haushalt ist, gibt es im Bundesministerium die Überlegung, die in der Agenda 2000 ab 2005/06 vorgesehene Reform vorzuziehen, bevor dann nicht mehr genügend Geld vorhanden ist, um einen angemessenen Ausgleich als Grünlandprämie zu zahlen.

Ausblick

Es zeigt sich, dass die Diskussion um Reformen in der europäischen Agrarpolitik weitergeht und nun in eine konkretere Phase eintritt. Wenn der Kopenhagener Gipfel die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen hat, wird sich der Nebel über die zwischenzeitlich gewachsenen Vorstellungen der Kommission lichten. Dann ist für offene Diskussionen Raum, ohne politische Prozesse höherer Ordnung stören zu können.

Grundsätzliche Fehler der Gemeinsamen Agrarpolitik

Gemessen an den eigenen Ansprüchen und Zielen, mit denen die Mac-Sherry-Reform von 1992 und die AGENDA 2000 durchgesetzt wurden, sind die Ergebnisse alles andere als überzeugend. Die neuen Vorschläge der Kommission müssen deshalb deutlich verändert werden. Die seit der Mac-Sherry-Reform verfolgte Politik der Ausrichtung der EU-Agrarpreise an Weltagrarpreisen ist geprägt durch grundsätzliche Konstruktionsfehler:

Die Weltagrarpreise repräsentieren nur einen sehr kleinen Teil der Produktionskosten der Weltnahrungsmittelherzeugung. Sie bilden sich als Mischung aus einer Politik des Preisdumping in Industrieländern, Überschusserzeugung von Ländern mit spezifisch – günstigen – Produktionsbedingungen wie in Neuseeland bei Milch und Exporten von Schwellen- und Drittweltländern, in denen mit Niedrigstlöhnen und niedrigsten Bodenpreisen gewirtschaftet wird.

Für einen Wirtschaftsraum mit den Bedingungen der EU ist der systematische Export landwirtschaftlicher Massenprodukte prinzipiell nur als Dumping möglich. Wollte man das Kostenniveau erreichen, dass den Weltagrarpreisen entspricht, so würde das auf eine weitestgehende Zerstörung der bisher in Europa betriebenen Landwirtschaft hinauslaufen. Es ist vor diesem Hintergrund auch folgerichtig, dass die allgemeine Senkung der Preise nach 1992 für Getreide auf unter die Hälfte des früheren Niveaus, sowie bei Raps, Rind- und Schaf- fleisch und ihr Ausgleich durch Prämienzahlungen nicht zu der angekündigten Senkung der Kosten der EU-Agrarpolitik geführt haben.

Wert ohne Preis

Mit der Einführung der Flächen- und Tierprämien wurde der bisherige Sinn-Zusammenhang landwirtschaftlicher Arbeit in Frage gestellt. Dieser Sinnzusammenhang war: Landwirtschaftliche Arbeit hat einen Wert, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse haben einen Preis. Die Auflösung des bisherigen Sinn-Zusammenhangs hatte weitreichende und fatale Folgen, am folgenreichsten für die Viehhaltung. Durch die politisch gewollte Absenkung des Getreidepreises auf ca. die Hälfte des vorherigen Wertes wurde der seit langem anhaltende Boom im Bereich Geflügel – vor allem Putenmast – aufgelöst: keine andere Tierart wandelt so effektiv Getreide in Fleisch um. Folge: Ausbau der Geflügelhaltung in den bereits stark belasteten Regionen. Die Milchviehhaltung wurde durch die Entkoppelung von Wert und Preis be-

sonders stark verändert: die Kuh – von ihrer Anlage her optimal in der Lage zum Verzehr voluminösen Raufutters – wurde immer stärker mit Getreide gefüttert. Futter vom Grünland verlor immer mehr an Bedeutung.

Die seit der Agenda 2000 verfolgte Absenkung der Rindfleischpreise führte dazu, dass Schlachtkühe und Kälber für die Bauern zwar einen Wert, aber kaum noch einen Preis haben. Soll man noch nachts aufstehen um nach einer kranken Kuh oder nach einem Kalb zu sehen? Soll man bei einer Erkrankung den Tierarzt noch rufen, wenn seine Rechnung den Preis des Tieres übersteigen kann?



Foto: Eisenberg

Die Entkoppelung der Zahlung von ihrem bisherigen Begründungszusammenhang und ihre vorgeschlagene Entkoppelung davon, ist für jeden absurd, der einen Sinn-Zusammenhang in der Landwirtschaft sieht. Ein Sinn-Zusammenhang ist jedoch unverzichtbar. Angesichts der immer schärfer hervortretenden Notwendigkeit einer Kopplung zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und den Forderungen der Gesellschaft könnte lauten: die Landwirtschaft ist ein Gewerbe und eine öffentliche Aufgabe.

Greifbare Lösungen

Die nach wie vor ausstehende Entscheidung ist die Beendigung der Exportorientierung und die Anpassung der Erzeugung an die Absatzmöglichkeit innerhalb der EU. Hier liegen schwere Versäumnisse bei der Kommission, hat sie doch selbst dort, wo Quotensysteme wie bei Milch und Zucker das Angebot bestimmen, nicht für einen Abbau der Überschüsse gesorgt. Das aber ist notwendig: dauerhafte

Überschüsse entstehen zu lassen oder selbst dazu anzuregen – wie durch Erhöhung der Milchquote im Rahmen der AGENDA 2000 – hebelt jede Orientierung auf den EU-Binnenmarkt aus.

Wenn deshalb die Kommission richtigerweise feststellt: „Eine Gemeinsame Agrarpolitik, die zur Produktion von Überschüssen verleitet, die dann ihrerseits – erneut zu beträchtlichen Kosten – wieder abgesetzt werden müssen, ist heute weder hinnehmbar noch entschuldigbar“, müsste sie richtigerweise als Selbstkritik formulieren müsste. Die Beendigung der Exportorientierung für Agrargüter würde zudem der EU eine äußerst günstige Position bei

und nimmer über die 2. Säule korrigiert werden. So müssen sich beispielsweise die Agrarumweltprogramme bezüglich der Höhe der Zahlungen am Ausgleich von (Kosten-) Nachteilen orientieren; der Gesichtspunkt Anreiz ist nachgeordnet.

Derzeit vereinigen sich in der Forderung nach Förderung der 2. Säule sehr unterschiedliche Interessen in einer unheiligen Allianz:

Umweltschützer, welche die Hoffnung auf dauerhaft verträgliche Lösungen in dem Bereich der ersten Säule verloren haben und deshalb alle Hoffnung auf die „2. Säule“ richten sowie Weltmarktbefürworter, die die 2. Säule fordern, damit sie die Verhältnisse in der 1. Säule so regeln können, wie es für die Produktion zu Weltmarktbedingungen günstig ist.

Rolle der Landwirtschaft

Die existentiellen Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Einkommen, Berufsperspektive, Arbeitszeit und Arbeitsfreude), ihr Bemühen um eine Mit-Bestimmung der landwirtschaftlichen Entwicklung werden von der EU-Kommission in ihrer Halbzeitbewertung nicht ernsthaft berücksichtigt. Durchgängig wird der Eindruck vermittelt, die Landwirtschaft verhalte sich als Block gegen jede Verbesserung. Beispielsweise bei folgender Darstellung:

„Für die Verbraucher stellen die Vorschläge einen wichtigen Fortschritt auf dem Weg zur Einbeziehung ihrer Anliegen in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Lebensmittelqualität, Wohlergehen der Tiere und Tierschutz in die GAP dar. Die Entkoppelung bietet den Landwirten Anreize, auf Marktsignale zu reagieren, die durch die Verbrauchernachfragen...entstehen“.

Die Landwirte reagieren, die Verbraucher (und die Politik) gestalten die Fortschritte – angesichts der Komplexität und Verbundenheit der Verhältnisse eine durch und durch unzulässige Sicht der Dinge. Eine Sicht, welche die Bauern und Bäuerinnen, die sich Tag für Tag um die Tiere bemühen, die sich Sorgen machen und nachts der Tiere wegen aufstehen, vor den Kopf stoßen muss. Das bedeutet keineswegs, dass man die praktische Landwirtschaft aus dem Verursacherzusammenhang herauszunehmen darf. Sie ist Teil einer Verursacherkette, die eine Vielzahl von Gliedern hat. Sie ist mitverantwortlich, nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Onno Poppinga, Martin Hofstetter

Vorabdruck aus dem kritischen Agrarbericht, der im Januar 2003 erscheinen wird

allen internationalen Verhandlungen eröffnen.

Ausweg 2. Säule?

Die europäische Landwirtschaft hat ihre Umwelt- und Tierschutzprobleme auch wegen der jahrzehntelangen Politik der forcierten Rationalisierung und des Prozesses des Wachstums oder Weichens. Wenn in der Halbzeitbewertung festgestellt wird, dass es in den Jahren nach 1992 zu einer verstärkten einzelbetrieblichen Spezialisierung, zu einer geographischen Konzentration der Produktion mit „daraus resultierenden langfristigen Umweltbelastungen“ gekommen ist, „dass traditionelle Produktion und die Vielfalt landwirtschaftlicher Produktionsmethoden unter Druck geraten“ sind, dann verweist das auch auf die Folgen der eigenen Politik. Als Ausweg wird auf die „2. Säule“ verwiesen. Ihr wird die Aufgabe zugesprochen, für eine nachhaltige Landwirtschaft zu sorgen. Doch was in den Maßnahmen der 1. Säule an negativen Momenten ausgelöst wird, kann nie

Die Halbzeitbewertung und die Entkopplung

– wie ein Umweltschützer darüber denkt

Mehr als die Hälfte der EU-Agrarausgaben, weit über 20 Mrd. Euro also, machen mittlerweile die Direktzahlungen an die Landwirte aus. Direktzahlungen heißen sie erst seit wenigen Jahren. Als sie 1992 eingeführt wurden nannte man sie noch „Preisausgleichszahlungen“. Diese Bezeichnung macht viel besser deutlich, um was es agrarpolitisch geht, was die Zahlungen bezwecken, welche Begründung, welche „Legitimation“ sie haben.

Die Differenz zwischen früherem hohen und später gesenktem Garantiepreis soll damit den Landwirten ausgeglichen werden. Aus dieser Logik heraus ist zweierlei verständlich:

1. Direktzahlungen gibt es nur für solche Tiere und Kulturen bzw. Flächen, auf denen entsprechende Kulturen angebaut werden, für die es früher Garantiepreise gab. Für Getreide oder Ölsaaten etwa, nicht aber für Grünland oder Kleegras.

2. Von den Direktzahlungen profitieren vornehmlich jene Betriebe, die vom alten, produktionsanreizenden System besonders profitiert haben. Das sind vornehmlich flächenstarke Marktfruchtbetriebe, die grünlandbezogenen Milchviehbetriebe schauen hingegen in die Röhre.

Keine Verteilungsgerechtigkeit

Die mit der Reform von 1992 und der Agenda 2000 beschlossenen Preissenkungen sind also die Begründung für die Zahlungen, sie sind Legitimation für einen milliardenschweren Geldtransfer, von dem allerdings die Landwirte ungeheuer unterschiedlich profitieren. Für den überwiegenden Teil der Bauern sind die Direktzahlungen – wenn überhaupt – nicht mehr als ein Taschengeld. Weit über 50 % der europäischen Bauern, die Direktzahlungen erhalten, bekommen weniger als 100 Euro im Monat. In Deutschland liegen knapp 80 % aller Bezieher von Direktzahlungen unterhalb eines Betrages von 10.000 Euro pro Jahr. Sie werden somit von dem im Rahmen der Modulation vollzogenen Abzug in Höhe von 2 % ab 1.1.2003 nicht betroffen sein. Ein kleiner Teil von Betrieben profitiert hingegen immens. 1.260 Betriebe in Deutschland, das sind 0,35 % der anspruchsberechtigten Bauern, greifen gleich 18 % aller nach Deutschland fließenden Direktzahlungen ab. Das sind fast soviel Gelder, wie die 80 % der Betriebe zusammen bekommen, die weniger als 10.000 Euro erhalten. Man lerne: Verteilungsgerechtigkeit ist kein Kriterium eines Preisausgleichs.

Ökologische Aspekte sind es auch nicht. Für die Integration des Natur- und Umweltschutzes in die Agrarpolitik wolle man sorgen, hört man die Verantwortlichen in Brüssel (und nicht nur dort) sagen. Die Direktzahlungen sind aber nicht an ökologische Auflagen gekoppelt. Sie werden nicht dafür gezahlt, dass die Bauern mehr tun als nur rationell bestimmte Kulturen anzubauen, Bullen und Ochsen zu mästen oder Mutterkühe zu halten. Mit ihnen werden nicht die gesellschaftlichen Leistungen abgegolten, die Umweltschützer und Verbraucher von der Landwirtschaft mehr und mehr erwarten. Im Gegenteil: wächst eine Hecke ins Getreidefeld hinein, wird bei den Direktzahlungen ein Abzug vorgenommen. Denn der Bauer produziert dann ja nicht (preisreduziertes) Getreide, das mit den Direktzahlungen gestützt werden soll, sondern Natur. Für Naturerhaltung sind nicht die Preisausgleichszahlungen zuständig, da können maximal die Agrarumweltprogramme dienlich sein. Für diese hält die EU geringfügig mehr Geld bereit als für die Preisausgleichszahlungen bei Mais. Übrigens: Mais war nie preisgestützt, dennoch erhält ein Landwirt Ausgleichszahlungen. Es ist ein Beispiel dafür, wie erfolgreich Lobbypolitik in Brüssel und in den Mitgliedstaaten sein kann. Aber das ist ein anderes Kapitel, das hier nicht zur Debatte steht.

Um- statt entkoppeln

Geht es nach dem Willen der Kommission, ist es mit dieser bisherigen Politik bald vorbei. „Entkopplung“ heißt das Zauberwort, das manche fröhlich macht und andere erstarren lässt. Die Gewährung von Direktzahlungen soll nicht mehr vom Anbau bestimmter Kulturen oder der Haltung bestimmter Tiere abhängig gemacht werden. Sie sollen hiervon „entkoppelt“ werden. Der Landwirt soll zukünftig frei entscheiden, was er anbauen will. Der bisherige Direktzahlungsanspruch soll ihm dennoch erhalten bleiben und in Form einer Betriebsprämie, deren Höhe sich am jetzigen Prämienanspruch orientiert, ausgezahlt werden. Die Auszahlung soll allerdings an die Einhaltung gewisser Auflagen aus dem

Bereich Natur-, Umwelt-, Verbraucher-, Tierschutz und Nahrungsmittelqualität gebunden werden. Insofern ist das Wort „Entkopplung“ nur bedingt richtig, „Umkopplung“ wäre genauer.

Zahlungen gerechter leiten

In ihrer „Plattform“ zur Agenda 2007 haben Umweltverbände, die AbL, Bioanbauverbände und eine Reihe anderer Organisationen wie Verbraucher- und Tierschützer oder die IG BAU gefordert, die Auszahlung der Mittel aus der

führt, würden die großen Marktfruchtbetriebe für die Einhaltung der gleichen, gesellschaftlich gewünschten Leistungen weit mehr Geld bekommen als Grünlandbetriebe, die nach wie vor dumm aus der Wäsche gucken würden. Wie will man das begründen? Immer noch mit den Preissenkungen von 1992?

Sinnvoll und vermittelbar

Die Entkopplung an sich, die Suche nach einer neuen Begründung für Zah-



Foto: Eisenberg

1. Säule (das sind u.a. die Direktzahlungen) an die Einhaltung bestimmter Standards zu koppeln und diese auch sozial gerechter zu gestalten. Die erste Forderung scheint aufgegriffen zu werden, auch wenn es noch verfrüht ist, in Jubel auszubrechen. Denn wie die neuen Standards aussehen werden, die die EU für die Auszahlung der Betriebsprämie einführen will, steht noch nicht fest. Klar ist jedoch, dass die Einführung einer auf der bisherigen Prämienhöhe beruhenden Betriebsprämie ein Schlag ins Gesicht derer ist, die für eine gerechtere Verteilung der Agrargelder eintreten. Das bisherige System an sich für falsch halten, es reformieren zu wollen, den damit verbundenen Geldstrom allerdings weitgehend zu konservieren, ist ein falscher Ansatz. Fischler hat ihn gewählt, weil er Angst hat vor den großen Umverteilungsprozessen, der zwischen Betrieben, Regionen und sogar Mitgliedstaaten notwendig wäre. Deshalb greift er zur Betriebsprämie, er greift damit zu kurz. Würde diese Betriebsprämie einge-

lungen an die Landwirtschaft, ist in meinen Augen eine der sinnvollsten Dinge, die die Agrarpolitik angehen kann. Es ist eine Chance für den Erhalt von Geld für die Landwirtschaft. Denn die Gesellschaft wird es langfristig nicht als Begründung akzeptieren, einen Geldtransfer an wenige Profiteure innerhalb der Landwirtschaft zu finanzieren, „nur“ weil früher die Preise gesenkt wurden. Die Neukopplung des Geldtransfers an Auflagen aus den Bereichen, in denen die Gesellschaft heute Kritik an der Landwirtschaft formuliert, ist richtig. Es bietet die Chance, endlich Bauern zu honorieren, die eine umwelt- und tiergerechte, eine verbraucherorientierte bäuerliche Landwirtschaft verkörpern.

Nicht akzeptabel sind somit die bisherigen Vorschläge im Mid-Term-Review, wie die Gelder neu verteilt werden sollen. Daran gilt es zu arbeiten. In Brüssel, in Berlin und mit vielen anderen Verbündeten in ganz Europa.

Lutz Ribbe,
Umweltstiftung EURONATUR

Agrarreformen dürfen keine Hürde für EU-Beitritte sein

Der hessische SPD-Europaabgeordnete Willi Görlich ist Mitglied im EU-Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Die EU-Staaten haben sich auf eine Finanzplanung geeinigt. Konservative meinen, damit sei der Reformbedarf bis 2007 erfüllt. Sind Ihrer Ansicht nach inhaltliche Änderungen schon in den kommenden Jahren notwendig und machbar?

Die Deckelung für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen im EU-Haushalt stellt kein Hindernis für die weiteren notwendigen Reformen im Agrarbereich dar, die bereits jetzt begonnen werden müssen. Wir sagen schon lange, dass wir gerne Mittel von den Marktausgaben in die zweite Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, die Förderung des ländlichen Raums, um-



Willi Görlich

Foto: Archiv

schichten möchten. Durch die Beschlüsse von Brüssel wird dieser Ansatz bekräftigt, denn die Mittel für die zweite Säule sind nicht begrenzt worden. Wir zahlen nicht zuviel für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum, aber immer noch zuviel für eine falsche Politik. Ziel muss es sein, die

Agrarreform bis zum Auslaufen der Agenda 2000 Ende 2006 beschlossen zu haben. Die Agrarreform darf jedoch ebenso wenig eine Hürde für den Abschluss der laufenden Beitrittsverhandlungen schaffen wie umgekehrt die EU-Erweiterung für die Agrarreform.

Wie beurteilen Sie die drei von der Kommission gemachten Vorschläge: Entkoppelung der Direktzahlungen an Betriebe, Modulation der Zuwendungen und Kappung ab 300.000 Euro?

Eine generelle Umsteuerung beim System der Direktzahlungen, die ein Erzeuger aus verschiedenen Regelungen erhält, von Menge und Kopfzahl auf eine einzige Flächenzahlung auf der Basis historischer Referenzbeträge und unter der Bedingung der Einhaltung von Umwelt-, Tierschutz- und Lebensmittelqualitätskriterien, begrüße ich. Bislang fehlt leider ein Konzept zur Einführung einer angemessenen produktionsunabhängigen Grünlandförderung.

Die Idee, von den Marktausgaben zu der Förderung des ländlichen Raums in den nächsten Jahren bis zu 20 Prozent umzuschichten und diese Mittel den Mitgliedstaaten für innovative Maß-

nahmen in den ländlichen Räumen zur Verfügung zu stellen, ist ein gutes Signal, um die multifunktionale Rolle der Landwirtschaft zu betonen. Eine Kappung der Prämien ab einer Höhe von 300.000 Euro dagegen trafe einseitig unsere ostdeutschen Landwirte, die sich nach der Wende bemüht haben, eine effektive und trotzdem umweltverträgliche Landwirtschaft aufzubauen und diese richtige Vorgehensweise nunmehr zu büßen hätten. Natürlich stimmt, dass größere Einheiten auch Kostenvorteile haben, aber es erscheint vernünftig, diese eher mittels einer Degression bei den Zahlungen oder verstärkter Berücksichtigung des Arbeitskräftebesatzes zu regulieren. Die vorgeschlagenen Freibeträge von 5.000 Euro für die ersten beiden Arbeitskräfte und 3.000 Euro für jede weitere Arbeitskraft sind nicht ausreichend.

Interview: la

Prämien im Ackerbau haben seit Anfang der 90er Jahre eine neue Runde der Wettbewerbsverzerrung gegen eine mögliche Vielfalt der Futterkulturen gebracht. Grünland ist nicht als Kulturpflanze aus der 1. Säule förderungsfähig. Dabei sind über 30 % der Flächen Deutschlands Grünland, in einigen Ländern sogar über 40 %. Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe und Regionen und damit auch der Arbeitsplätze liegen in der Rindviehhaltung.

Die Strategie der EU ist bekanntlich weltmarkt- und exportorientiert mit der Konsequenz, dass Eiweiß- und Energieträger hier billig auf dem Markt sind. So liegen die Vollkosten des eiweißreichen Futters Grassilage bei 45 Pfennig pro 10 MJ Energiemenge im Futter und damit bei den Kosten von industriellen Zukaufkraftfutter.

Was entwertet das Grünland?

Ausgehend von jährlichen Rinderreport der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, der die Daten von über 1.500 Betrieben der Spezialberatung ausgewertet, wird die systematische Benachteiligung von Grünland belegt. So zeigt die Betrachtung der einzelnen Futtermittel ohne Arbeit und Pachtkosten die Folgen der Ackerprämien für Getreide und Mais deutlich. Für Futter mit einem Energiemenge von je 10 MJ laufen die Kosten für Kuhweide bei 18,2 Pf., Rüben 18,7 Pf., Maissilage 23,8 Pf., Ganzpflanzensilage (GPS) 31,6 Pf. Erst wenn die Prämien in die Rechnung mit

Der Bauer, die Kuh und ihr Futter

einfließen ändert sich das Bild. Mais und GPS werden konkurrenzlos billig: Mais kostet nur noch bei 12,3 und GPS 16,4 Pfennig je 10 MJ.

An dieser ungerechten Kostenstruktur ändert sich auch nichts bei einer Vollkostenkalkulation auf 5-jähriger Datenbasis. Erst wenn von den Vollkosten die Prämien und Festkosten der Maschinen abgezogen werden, ergeben sich folgende Grenzkosten in Pfennigen pro 10 MJ: Weide 31,7 Pf., Grassilage 32,9 Pf., Maissilage: 20,1 Pf.

Fazit: bei gleichen Prämien wären Gras vom Grünland oder Rüben im Ackerfutterbau konkurrenzfähig.

Folgen für Ackerbau und Fütterung

Gerade mal sieben der 1.500 Betriebe in der Auswertung bauen noch Futterrüben an, ein Beleg für die Einfalt und einseitige Entwicklung im Ackerbau durch einseitige Prämienpolitik. Die Maisfläche stieg hingegen in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein von 50.000 auf 89.000 ha. Die Folge ist, dass es kaum noch Rindermast auf der Weide gibt.

Aufgrund der höheren Energiedichte des Mais stieg der durchschnittliche Maisanteil auf 46 % der Grundfütterration. Wegen der hohen Energiedichte

sind bei kombinierter Fütterung seit 1991 Leistungssteigerungen von 25 % bei Maisrationen und 8 % bei Grasfütterung zu ermitteln. Als Konsequenz für den Eiweißausgleich ergeben die Betriebsauswertungen neben steigendem Kraftfuttereinsatz eine Zunahme des Einsatzes von Soja- und Rapsschrot von 15

kg bei reiner Grassilagefütterung auf 260 kg je Kuh und Jahr, wenn der Anteil von Mais bei 8 kg Trockenmasse liegt. Neben der möglichen höheren und kostengünstigeren Leistungsausfütterung ergeben sich bei prämienerberechtigtem Futteranbau jährliche Vorteile im hohen fünfstelligen Bereich. Welche Wettbewerbsvorteile sich daraus hinsichtlich der klassischen Wachstumschancen der Betriebe ergeben, zeigen folgende Zahlen des Rinderreports: Betriebe mit reiner Grassilage-Fütterung sind von 1992-2001 von 49,9 auf 53,9 Kühe pro Betrieb gewachsen. Betriebe mit Maissilagen in der Ration von 52,6 auf 67,7 Kühe. Kuhzahlen und Leistung sind nicht alles, aber diese Zahlen machen einmal mehr deutlich, wer Prämien einsetzen kann und z.B. am Milchquotenmarkt die Nase vorn hat. Grünlandgebiete laufen leer aus.



Gerechtere Prämien einführen

Es sollte gesamtgesellschaftliches Interesse sein, dass es zu einer agrarpolitischen Wende für die Kuh auf dem Grünland und die Vielfalt des Ackerfütterbaus kommt. Dafür reichen aber nicht Umweltprogramme aus der 2. Säule und sie sind auch nicht dafür vorgesehen. Nur 25 % der fünf Mio. ha Grünland werden mit den derzeitigen Extensivierungsprogrammen aus der 2. Säule gefördert. Sie haben einen ergänzenden Charakter.

So hilft nur eine gerechtere Verteilung der EU-Ausgleichszahlungen aus den Mitteln der 1. Säule. Bauern werden sich auf verlässliche Rahmenbedingungen neu einstellen.

Bernd Voss, Milchviehbauer aus Schleswig-Holstein und Mitglied im Bundesvorstand der ABL

Bilanz der Flutkatastrophe an der Elbe

Manch ein Bauer, den das Hochwasser verschonte, wurde ein Opfer der Polderöffnung

Auf zehn Mrd. Euro schätzt die Bundesregierung inzwischen die angerichteten Schäden des Elbhochwassers im August – ursprünglich hatte man mit einer doppelt so hohen Summe gerechnet. Die Verluste, die das Hochwasser bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben allein in Sachsen verursachte, werden vom Wirtschaftsministerium des Landes auf mittlerweile 70 Mio. Euro geschätzt – plus 30 Mio. Ertragsausfälle. 22 Mio. Euro seien inzwischen als Entschädigung an sächsische Höfe gezahlt worden, so das Ministerium.

In Thüringen verwüstete das Hochwasser nur eine Region, den Landkreis Altenburg. Doch fielen die Zerstörungen dort so verheerend aus, dass Landrat Sieghardt Rydzewski auch dort von einer Schadenssumme von immerhin etwa 55 Mio. Euro spricht – nicht gerechnet die Ernteauffälle. Da diese auch vom Staat ausgeglichen werden sollen, habe er seitens der Landwirte „bislang keine Klagen gehört, obwohl nicht alle Schäden zu hundert Prozent ersetzt werden können“, berichtet der Amtsleiter.

Die Landwirtschaft von Sachsen-Anhalt, das nächste Bundesland, das die Flutkatastrophe zu spüren bekam, ist noch weit schlimmer betroffen – die Flur- und Ernteschäden sowie die Kosten für Evakuierung und Wiedernutzbarmachung von etwa 600 Betrieben werden auf knapp 90 Mio. Euro veranschlagt.

„Damit ist die angegebene Schadenssumme in Sachsen-Anhalt noch niedriger als prognostiziert.“, erklärt Jochen

Dettmer, Geschäftsführer des Deutschen Bauernbunds. Der im sachsenanhaltinischen Belsdorf ansässige Dachverband privater landwirtschaftlicher Betriebe organisiert seit August Sach- und Geldspenden für Landwirte

zur Entschuldung von Bauern würden bislang zwei Antragsteller zu nutzen versuchen.

Positiv hebt Dettmer die Solidarität der Bauern untereinander hervor, deren Hilfsbereitschaft mit Stroh, Heu

ließen die Magdeburger Behörden das Wehr bei Havelberg, dicht an der Grenze zu Brandenburg, öffnen. „Ohne die Polderflutung wären wir von dem Hochwasser nicht betroffen gewesen“, berichtet der Landwirt. So aber gingen

160 der insgesamt 380 ha Nutzfläche unter. „Wir hatten nicht einmal Zeit, das Futter zu bergen“, erinnert sich Hubert Aselmeyer. Die Wiesen des Hofes mit 100 Milchkühen stehen noch immer voll Wasser. Bis Mitte November, so der Landwirt, sei von dem beantragten Geld noch nichts bei ihm angekommen.

Norddeutschland blieb von der Flut weitgehend verschont. „60 Anträge sind bei uns gestellt worden“, berichtet Marion Zinke, Sprecherin des Landwirtschaftsministeriums von Mecklenburg-Vorpommern. Drei Mio. Euro Entschädigung fielen bisher an.

Wolfgang Birthler, Landwirtschaftsminister in Potsdam, meint, dass auch Brandenburg mit einem „blauen Auge“ davongekommen sei. Nach Angaben des Ministeriums sind bislang 4,5 Mio. Euro an die Bauern gezahlt worden.

Entwarnung kann es aber in keinem Bundesland geben, egal, ob vom Elbhochwasser betroffen oder nicht. Immer häufiger sind in den vergangenen Jahren die Flutkatastrophen geworden, sei es am Rhein oder an der Oder. Über die Ursachen ist bislang fast überhaupt nicht gesprochen worden. Vielleicht geschieht das ja noch – vor der nächsten Überschwemmung. *la*



Überflutet: Der Maisacker von Hubert Aselmeyer

Foto: Hubert Asel-

in Not. „Der Flussverlauf hier ist anders als in Sachsen“, meint Jochen Dettmer. „Die Elbe fließt dort näher an bewohnten Gebieten, während der über das Ufer getretene Fluss in Sachsen-Anhalt eher Felder unter Wasser gesetzt hat.“ Im Rahmen des ersten staatlichen Hilfsprogrammes gab es aber nur Zahlungen für Gebäudeschäden. Etwa hundert Höfe hätten diese wahrgenommen. Erst das zweite Soforthilfeabkommen berücksichtigte Schäden durch überflutete Felder – prompt meldeten auch mehr als doppelt so viele Landwirte Ansprüche an. Eine weitere Maßnahme der Landesre-

gierung zur Entschuldung von Bauern und anderen Futtermitteln auch vor den Grenzen der Bundesländer nicht Halt mache. Anders die staatliche Zuwendung. Während in Brandenburg jene Landwirte voll und ganz entschädigt werden, deren Höfe ein Opfer von Polderflutungen wurden (Vgl. BS 10/02), müssen die Kollegen in Sachsen-Anhalt sich mit 50 Prozent begnügen. „Da muss noch verhandelt werden“, sagt der Geschäftsführer „Es muss eine hundertprozentige Ausgleichszahlung geben.“

Direkt davon betroffen ist Hubert Aselmeyer. Um Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zu entlasten,

Hilfsprogramme der Bundesregierung für von der Flutkatastrophe geschädigte land- und forstwirtschaftliche Betriebe

- Soforthilfe I mit 10 Mio. Euro Bundesmitteln. Der Bund beteiligt sich an den Hilfsprogrammen der vom Hochwasser betroffenen Länder mit maximal 50 Prozent der bewilligten Mittel.
- Soforthilfe II für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Gesamtmittel Bund und Länder 40 Mio. Euro). Für nachgewiesene oder glaubhaft gemachte und nicht versicherte Schäden wird ein Zuschuss in Höhe von

50 Prozent der eingetretenen Schäden gezahlt, maximal 50.000 Euro pro Antragsteller. Sofern zur Sicherung der Fortexistenz hochwassergeschädigter Betriebe erhöhte Zuschüsse erforderlich sind, können diese gestützt auf Unterlagen der Hausbank in einem Verfahren am „Runden Tisch“ gewährt werden. Unternehmen der Landwirtschaft werden analog den gewerblichen Unternehmen behandelt.

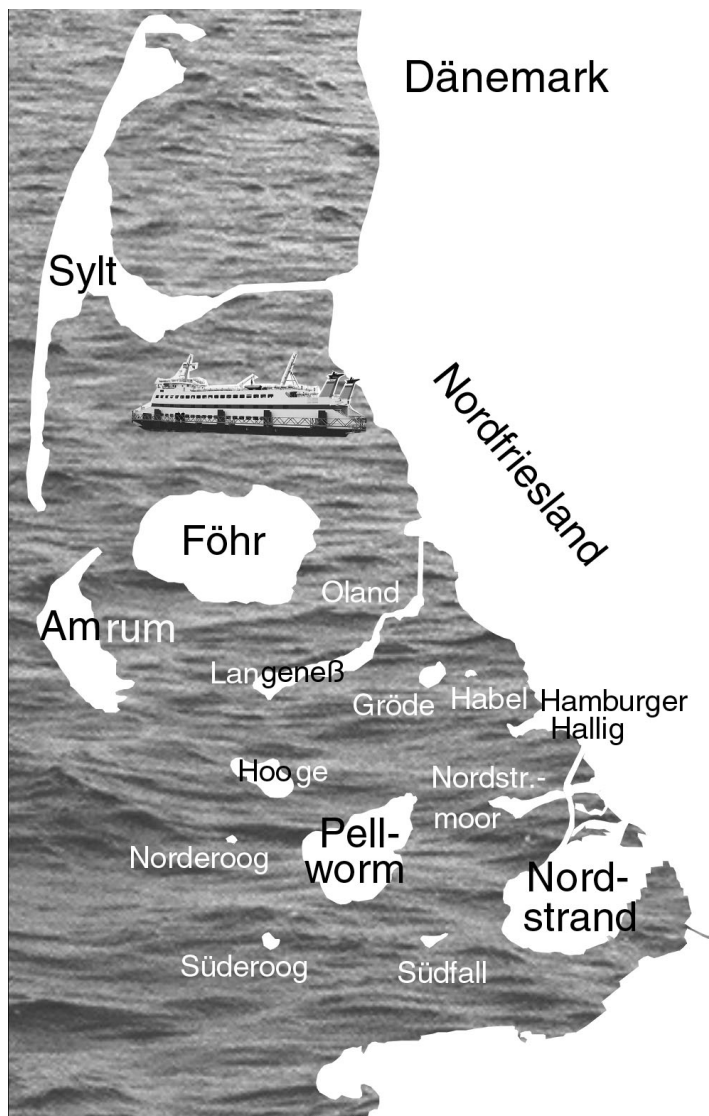
- Soforthilfe III: Kurzfristige Sicherung von Deichen (Bundesmittel 21,9 Mio. Euro; Landesmittel 14,6 Mio. Euro).
- Vorzeitige Auszahlung von EU-Prämien in vom Hochwasser betroffenen Gebieten (Umfang von 560 Mio. Euro).
- Anhebung des Höchstsatzes für die Flächenstilllegung auf 50 Prozent.
- Weitere Maßnahmen: Steuerstundung, Anpassung der Vorauszah-

lung, Aussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen, Stundung der Beiträge zur Landwirtschaftlichen Sozialversicherung sowie eine vorübergehende Aussetzung von Mahn- und Vollstreckungsverfahren, Stundung von Pachtzahlungen an die BVVG bis 30.09.2003 oder Erlass bzw. Minderung des Pachtzinses.

Quelle: BMVEL

Das Land zwischen Wasser und Watt: Die Region Uthlande

Als eine der Siegerinnen beim Regionen-aktiv-Wettbewerb des Bundes hat die Region Uthlande im Herbst die ersten drei großen Projekte gestartet.



Karte der Region Uthlande

Uthlande“ – das ist das dem Festland vorgelagerte „Land draußen“ im Meer („ut“ = draußen). Wasser bestimmt das Leben auf den nordfriesischen Inseln Sylt, Amrum, Föhr, Pellworm und Nordstrand und den zehn Halligen. Einerseits trennt die Nordsee die Inseln voneinander, macht jeden Transport größerer Güter zum Problem und behindert so Handel und Wirtschaft. Andererseits locken Wasser und Watt jedes Jahr gewaltige Mengen von Touristen in die Region und schaffen damit einen riesigen Absatzmarkt. Die Bewohner der Region haben sich zum Ziel gesetzt, „die Nachteile der geografischen Lage in Vorteile umzumünzen“, so hieß es in der Bewerbung zum Regionen-aktiv-Wettbewerb des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Die Antragsteller schlossen sich zur Regionalen Partnerschaft Uthlande e.V. zusammen. Im März 2002 wurde die Region Uthlande gemeinsam mit 17 anderen (s. BS 5/02, S. 15) zur Modellregion erklärt, deren Entwicklung im Regionen-aktiv-Programm gefördert

werden soll. Zunächst bedeutete das für die Uthlande die Bewilligung von 1,8 Mio. Euro zur Durchführung von Projekten, die in das Entwicklungskonzept der Region passen. In den folgenden Jahren sind je nach Bedarf und Haushaltslage weitere Fördermittel möglich.

Regionale Partnerschaften

Voraussetzung für den Sieg war nicht nur ein stimmiges Entwicklungskonzept für die Region, sondern auch das Bestehen einer regionalen Trägerstruktur. So gehören zur Regionalen Partnerschaft Uthlande e. V. sowohl die beteiligten Städte und Ämter als auch Nichtregierungsorganisationen wie der Pellwormer Verein „Ökologisch Wirtschaften!“, der Sylter Naturschutzverein „Söl'ring Foriining“ (hochd.: Sylter Verein). Seit September arbeiten drei Regionalmanagerinnen in der Region Uthlande. Katharina Menge (Sylt), Silke Jung (Föhr, Amrum) und Silke Spielmans (Pellworm, Nordstrand und Halligen)

sind dafür zuständig, dass das Regionen-aktiv-Programm reibungslos läuft. „Wir beraten die Antragsteller der Projekte, helfen mit, die Projekte zur Antragsreife zu bringen und machen Öffentlichkeitsarbeit in der Region, damit alle, die als Projektträger in Frage kommen, auch vom Regionen-aktiv-Programm wissen“, sagt Silke Spielmans. Die Regionalmanagerinnen prüfen auch, ob für ein Projekt kein anderer Fördertopf in Frage kommt (s. BS 7+8/02, S. 15). Und natürlich muss jedes Projekt, das genehmigt wird, in das Entwicklungskonzept der Region passen.

In der Region Uthlande gibt es vier große, regionsweite Projekte mit Laufzeiten von mindestens zwei Jahren, die den Zielsetzungen des Programmes entsprechen. Die Kurztitel dieser Projekte lauten: Öffentlichkeitsarbeit, Regionale Identität, Energie und Regionalvermarktung. Das Konzept zur Förderung regenerativer Energien ist in Planung und soll im nächsten Jahr beantragt werden. Die übrigen drei Projekte konnten noch in diesem Herbst starten.

Erste Projekte

Das genehmigte Projekt für die Öffentlichkeitsarbeit führt die Amrum Touristik durch. Seit Mitte Oktober kümmert sich Carmen Klein in Wittdün auf Amrum um die Darstellung der Region. „Momentan bereiten wir den Messeauftritt der Region Uthlande auf der Grünen Woche in Berlin Anfang 2003 vor“, sagt Regionalmanagerin Silke Jung. Das Material für die Grüne Woche soll später als Wanderausstellung dienen, mit der die Uthlande in der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das Projekt „Stärkung der regionalen Identität der Region Uthlande“ läuft ebenfalls. Die Gemeinde Pellworm als Antragstellerin koordiniert die regionsweiten Aktivitäten.

Ebenfalls im Oktober startete das Projekt zur Förderung der Regionalvermarktung. Ziel ist, dass regional erzeugte Produkte auch regional vermarktet werden. Antragstellerin ist die Föhrer Naturschutzstiftung „fering natüür“ (hochd.: Föhrer Natur). Deren ehrenamtliche Geschäftsführerin Annemarie Lübcke ist froh, dass durch das Regionen-aktiv-Programm nun eine hauptamtliche Kraft für die Regionalvermarktung eingestellt werden konnte. „Wir haben schon ein bisschen Vorarbeit geleistet“, meint Annemarie Lübcke, denn im April 2000 hat Land-

wirtschaftsministerin Ingrid Franzen das eigens entwickelte, regionale Gütesiegel „Bewusst Uthlande“ vorgestellt und einigen Landwirten in der Region überreicht. Katja Zimmermann, die das Regionalvermarktungsprojekt betreut, hofft, durch Regionen-aktiv bei der Bevölkerung das Bewusstsein für regionale Produkte und deren Preiswertigkeit zu wecken.

Zu den Vergabekriterien für das Siegel gehört z.B., dass Tiere nicht auf Vollspaltenböden gehalten werden dürfen, dass das Grundfutter zu hundert Prozent aus der Region Uthlande kommen muss, dass keine synthetischen Hormone eingesetzt werden dürfen, dass der Grünlandanteil, der ohne synthetische Dünger und Spritzgifte bewirtschaftet wird, mindestens 80 Prozent betragen muss und natürlich, dass der landwirtschaftliche Betrieb in der Region liegen muss. Inzwischen gibt es 16 Siegelträger, von denen einige das Siegel jedoch selten oder gar nicht nutzen. Bei diesen handelt es sich um Betriebe, die ausschließlich auf dem eigenen Hof verkaufen und bei den Kunden bekannt sind, oder um Bio-Bauern, die das Siegel nicht benötigen.

Der Verein „Ökologisch Wirtschaften!“ hat drei Machbarkeitsstudien zur regionalen Verarbeitung und Vermarktung von Gemüse, Wolle und Fleisch beantragt. Die Ergebnisse der Studien könnten direkt in das Regionalvermarktungsprojekt einfließen und Produktionsmengen mitbestimmen bzw. neue Verarbeitungs- und Vermarktungswege (z.B. Nutzung von Schafwolle als Dämmstoff) aufzeigen. Mitte November trafen sich die Mitglieder der Regionalen Partnerschaft, um über weitere Projektanträge abzustimmen. Es ist auch jetzt noch möglich, Projektanträge einzureichen.

Alle unter einem Hut...

Die Zusammenarbeit in der Regionalen Partnerschaft ist aufgrund der Mitglieder mit so verschiedenen Interessenschwerpunkten wie Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus oder Küstenschutz nicht immer leicht. Die Förderung der Entwicklung in der Region liegt aber allen gleichermaßen am Herzen. „Es geht um die Sache, und da bin ich immer kompromissbereit.“, meint Claus Zetl, Pellwormer Biobauer und zweiter Vorsitzender der Regionalen Partnerschaft. „Das Regionen-aktiv-Programm ist eine Chance, zusammen etwas auf die Reihe zu bringen.“

Ute Hörcher

Schlachten auf der Insel

Amrumer Landwirt nimmt Regionalvermarktung beim Wort

Einer, der große Hoffnungen auf das Programm „Regionen aktiv“ setzt, ist der Amrumer Landwirt Irk Martinen. Ihm wurde das „Bewusst Uthlande“-Siegel vor eineinhalb Jahren verliehen. Er hält 90 Rinder und mästet Bullen. Der Betrieb mit 140 ha Land liegt in Süddorf. Auf 90 ha baut Martinen Getreide an. Auf drei ha



Der Hof von Irk Martinen

handelsware gedeckt. Auf Föhr vermarkten die 70 Vollerwerbsbetriebe und zahlreichen Nebenerwerbslandwirte nur etwa zehn Prozent ihrer Rinder und Lämmer auf der Insel. Dabei zeigt eine Studie, dass die Nachfrage nach Lammfleisch das Angebot um fast das Vierfache übersteigt. Auch Rindfleisch wird auf Föhr so stark

nachgefragt, dass mehr als doppelt so viele Föhler Tiere auch auf der Insel verkauft werden könnten. Für die Bauern und Bäuerinnen in den Uthlanden ist die Produktion teurer als bei ihren Festlandskollegen, weil sie in ihre Warenpreise die Kosten der Fähre für Saatgut oder Maschinen, die auf dem Festland gekauft werden, hineinrechnen müssen. Katja Zimmermann, die das Projekt zur Regionalvermarktung betreut, hat nun die schwierige Aufgabe, dafür zu sorgen, dass in

stehen Kartoffeln, die er direkt ab Hof verkauft. „Die Kartoffeln gehen sehr gut mit dem Siegel.“, sagt er. In diesem Jahr hat er Rinder direkt in einer Schlachtereie auf Amrum schlachten und von dort unter dem regionalen Siegel verkaufen lassen. Die 20 Tiere fanden leicht Abnehmer. „Am liebsten würde ich alle Tiere über das Siegel vermarkten, aber der Schlachter nimmt nur bei etwa jedem fünften Rind Fleisch aus der Region.“, klagt Martinen.

Schlachtvieh bis Berlin gekarrt

Der größte Teil der Schlachttiere, die in der Region Uthlande gehalten werden, wird an den Großhandel verkauft. Auf Amrum gibt es nur noch drei Bauern. Martinens Kollegen haben Mutterkühe, er ist der einzige mit Bullenmast. Normalerweise kommt abends der Händler mit dem LKW auf die Insel, übernachtet dort und nimmt die Tiere morgens auf der ersten Fähre mit aufs Festland. Früher gab es im nordfriesischen Niebüll einen großen Schlachthof. Der ist aber inzwischen geschlossen. „Die letzten beiden Male hat mir das nicht gepasst. Da wurden meine Rinder erst in Berlin geschlachtet.“, empört sich Martinen.

Ein Problem für die Regionalvermarktung sind die Preise. Irk Martinen bekommt etwa 80 Cent pro Kilogramm mehr für das Fleisch, das er unter dem „Bewusst Uthlande“-Siegel an die Inselfschlachtereie verkauft. Die Fleischnachfrage wird in der Region Uthlande größtenteils mit Groß-

den Geschäften statt Billigangeboten mehr regionale Produkte stehen und dass die Kunden den höheren Preis für die regionalen Erzeugnisse auch zahlen.

Tücken regionaler Vermarktung

Trotz des höheren Ertrages für seine Bullen sagt Martinen: „Ich kann und will das so nicht weitermachen.“ Es sei viel schwieriger für ihn, einzelne Bullen einzufangen und zum Schlachter zu liefern, als mehrere Bullen zusammen mit dem Händler auf einen LKW zu verladen. „Wenn man einen 14-Zentner Bullen einzeln einfangen will, dreht der durch, bis er durchnässt ist von Schweiß.“, berichtet Martinen. Er erhofft sich Hilfe vom Regionen-aktiv-Programm, denn dort soll auch geprüft werden, ob sich die Probleme bei der Vermarktung der Tiere aus der Region Uthlande durch eine mobile Schlachteinrichtung lösen lassen. Von dieser Idee ist Martinen begeistert. Er weiß, dass er allein nicht mehr Tiere als bisher in der Region vermarkten kann, sondern dafür Partner braucht.

Wenn Irk Martinens Hoffnungen sich erfüllen und die Bauern und Bäuerinnen in den Uthlanden sich zusammentun und gemeinsam ihre Produkte in ihrer Region zu einem angemessenen Preis verkaufen, können Direktvermarkter in anderen Gegenden sich vielleicht wirklich einige konkrete Vorgehensweisen abgucken, und die Region Uthlande erfüllt ihre Funktion als Modell.

Ute Hörcher

Gesundes Essen für Kinder

Mit der Aktion „Aufgeschmeckt!“ versucht die Organisation „Brot für die Welt“, Kindern und Jugendlichen gesunde Ernährung nahe zu bringen. Seit der Auftaktveranstaltung in Stuttgart am 16. Oktober 2002 wird im Generationenhaus West jeden Tag Essen für 450 Kinder im Stadtteil West aus regional bzw. biologisch angebauten Produkten gekocht. „Wer Bioprodukte kauft, bekommt mehr Qualität für sich und tut damit gleichzeitig noch etwas für die Umwelt“, erklärte Küchenleiter Uwe Böhführ. „Kinder und Jugendliche von heute wissen oft gar nicht mehr, woher die Lebensmittel kommen, die sie essen.“

Zu der Kampagne, die noch mindestens bis zum Herbst kommenden Jahres fortgesetzt werden soll, gehören Ausstellungen, Filme und Vorträge zum Thema gesunde Ernährung. la

Bio in die Großküchen

Eine bundesweite Info-Kampagne wendet sich an Betriebskantinen, Kindertagesstätten, Schulen und Krankenhäuser. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft informiert der in Frankfurt am Main ansässige Ökologische Großküchen-Service die gastronomischen Massenbetriebe über die Nutzung biologisch erzeugter Produkte. Die Kampagne wird bis Juli kommenden Jahres weitergeführt und ist Teil des Programmes Ökologischer Landbau der Bundesregierung. la

Bioblumen

Eine feste Vermarktungs-Schiene für Bioblumen fördert die niederländische Regierung laut Internetdienst „Agriholland“ mit 200.000 Euro an das Projekt „Biobloem“. Die derzeitigen Unsicherheiten über Mengen- und Preisgestaltung bei Erzeugern und Abnehmern sollen laut Projektleiter Karst Weening („Praktijkonderzoek Plant & Omgeving“ PPO) beseitigt werden. Das solle erreicht werden durch Absatzgarantien zwischen dem Biohändler Eosta einerseits und den Handelsketten Carrefour (Frankreich) und Coop (Schweiz) andererseits. pm

Auto-Produktion gleich Hühnerhaltung?

Auf Kommunikationsprobleme der Landwirtschaft wies der DLG-Präsident Philip Freiherr von dem Bussche anlässlich der Messe EuroTier in Hannover hin. Zu wenig habe die Landwirtschaft der Politik klar gemacht, was der vorgezogene Ausstieg der deutschen Bauern aus der Käfighaltung bedeute. Gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen verglich von dem Bussche die Legehennenhaltung mit der Autoproduktion: „Das wäre so, als wenn wir Autos von Hand bauen und damit versuchen, gegen ausländische Produzenten zu konkurrieren, die billiger in Serie fertigen.“ Bei dem Vergleich vergaß er, dass auch in der Autoproduktion hierzulande auf hohe Qualität statt auf Billigware gesetzt wird. ms

Sport-Bauernhof

Zum „Sportbauernhof“ hat der niederländische Bauer Hoogendoorn seinen Milchviehbetrieb umgestellt. Er bietet laut *top agrar* wechselnde sportliche Aktivitäten mit landwirtschaftlichem Bezug: mit Survival-Training, Käserkursen, Melken, Strohballenstapeln, Schubkarenrennen, Forkenweitwurf, Hindernisparcours über Gräben, usw.. Angenommen wird das Angebot von Betriebsausflüglern, Familien, Schulklassen und Kindergruppen. en

Rettet die Schnitte!

„Butterbrot ist tot“ – so machte McDonalds Reklame für seine Bagels. Diese Kampagne stellte der Konzern jedoch nach einer Intervention des Deutschen Bäckerhandwerks ein. Der hatte den Slogan nicht nur als geschmacklos bezeichnet, sondern auf das Brot mit seinen gesunden Inhaltsstoffen als Symbol des Lebens verwiesen. Rund 95 Prozent der achtjährigen Kinder essen demnach in der Schulpause ein belegtes Brot. Um diesen Inbegriff guten Essens bemüht sich seit längerem auch eine Initiative „Rettet das Butterbrot“, zuletzt am „Tag des Butterbrots“. en Info im Internet unter: www.butterbrot.de

Weide stört nicht

Wer auf dem Lande lebt, muss den Geruch von Kuhdung und Pferdemist in seiner Nachbarschaft, auch in Nachbarschaft von Wohngebieten, hinnehmen. Das entschied das Oberverwaltungsgericht Koblenz gegen die Beschwerde eines bauwilligen Grundeigentümers, der sich im westfälischen Merzalben durch Extensivrinder auf einer benachbarten Weide gestört fühlte. en

„... Nun gürtest du um den Leib
den grauen, körnerschweren Samen-
sack.

Der rechte Arm,
nackt bis zum Ellenbogen,
mit flatterndem Ärmel,
geht im Schwung mit dem Schritt.
Aus der Hand fliegen laufend im
Bogen
die Körner, sorglich erlesen,
glatt und prall und glänzend in Keim-
kraft ...“

Als Michael Georg Conrad gegen Ende des 19. Jahrhunderts diese Zeilen schrieb, war die Gewinnung des Saatgutes noch ein selbstverständlicher Teil der Arbeit jedes Bauern und Gärtners. Das sollte sich jedoch schon bald ändern. Das Saatgut entwickelte sich vom Kulturgut zur Handelsware.

Innerhalb weniger Jahrzehnte ist das Wissen um die Techniken der Saatguterzeugung bei den Gärtnern weitestgehend verloren gegangen. Im Gemüsebau konnte dieser Prozess auch deshalb so rasch ablaufen, weil die meisten Gemüsearten weit vor Erlangung ihrer Samenreife genutzt werden.

Der größte Anteil des gärtnerischen Saat- und Pflanzgutes wird heute von nur noch wenigen, mittlerweile bereits international tätigen Unternehmen entwickelt und vermarktet. Die weitgehende Abhängigkeit von den Saatgut-

Gemüsesaatgut – Kulturgut in wenigen Händen

konzernen betrifft letztlich alle Betriebe, ob sie konventionell oder ökologisch wirtschaften.

Möglichst alle ökologisch wirtschaftenden Betriebe mit ökologisch vermehrtem Saatgut geeigneter Sorten versorgen zu können – dieses Ziel setzte sich der 1985 gegründete „Initiativkreis für Gemüsesaatgut aus biologisch-dynamischem Anbau“. Zunächst sollten die bestehenden Aktivitäten gebündelt und besser koordiniert werden. Da kam 1986 das Angebot der anthroposophischen Lebensge-



Lauchblüte

meinschaft Bingenheim im hessischen Echzell gerade recht, eine zentrale Saatgutwerkstatt und Koordinationsstelle einzurichten. Heute ist der Initiativkreis von ursprünglich 15 auf über 100 Betriebe angewachsen.

Welchen Umfang die Arbeiten inzwischen angenommen haben, zeigt ein Blick in den Saatgutkatalog der Bingenheimer Saatgut AG. Für 2003 werden Sämereien von 54 Gemüsearten

mit 227 Sorten, 25 Kräutern und 63 Blumenarten angeboten. Alle im Angebot befindlichen Sorten sind „samenfest“. Das bedeutet, sie bleiben sich auch in den folgenden Generationen „treu“.

Vermehren ist Silber, Züchten ist Gold

Samenfeste Sorten sind im Gemüsebau heute eher die Ausnahme. In der konventionellen Gemüsezüchtung dominieren sogenannte Hybriden, die bei Möhren z.B. schon 90 Prozent der Sorten ausmachen. Selbst wenn ein Gärtner wollte, eine solche Sorte ließe sich nicht weiter vermehren, da die erste Generation sich in verschiedene Linien aufspalten würde.

Die geschilderten Entwicklungen führten im Initiativkreis zu der Überzeugung: Eine ökologische Saatgutvermehrung allein reicht auf Dauer nicht aus, gebraucht wird auch eine ökologische Züchtung, weil andere Zuchtziele verfolgt und andere Methoden eingesetzt werden. Eine solche Züchtung muss weitgehend frei von finanziellen Zwängen stattfinden können. In der ökologischen Landwirtschaft sollte das Saatgut wieder ein Stück Kulturgut sein, das ohne Beschränkungen für alle zugänglich und weiter vermehrbar ist. Aktivitäten im Bereich der ökologischen Züchtung von landwirtschaftli-

chen und gärtnerischen Kulturen gibt es schon seit Jahrzehnten. Meist waren es engagierte Einzelpersonen aus Demeter-Kreisen, die mit viel Engagement, aber oftmals ohne angemessene finanzielle Ausstattung, ihre Züchtungsarbeit betrieben.

Kultursaat für Saatkultur

1994 gründete sich aus dem Initiativkreis heraus der Verein zur Förderung der biologisch-dynamischen Gemüse-saat-zucht e.V., kurz „Kultursaat“, dem derzeit 21 Züchtungsbetriebe angehören. Eines der Ziele des Vereins ist Gewährleistung des freien Zuganges zu den Züchtungsergebnissen.

Kultursaat e.V. erfährt finanzielle Unterstützung durch gemeinnützige Stiftungen, den Saatgutfonds der Gemeinschaftsbank und private Spender. Momentan befinden sich 20 Projekte in der Förderung, die insgesamt an über 100 Gemüsesorten arbeiten, von denen bereits über 20 Sorten beim Bundessortenamt zugelassen wurden.

Trotz alledem befindet sich das Saatgut unserer Kulturpflanzen immer noch in zu wenigen Händen. Dennoch – gemeinsam mit vielen kleineren Initiativen und Aktivitäten verkörpern Kultursaat e.V., Initiativkreis und Bingenheimer Saatgut AG quasi das Fundament einer konsequent ökologischen Agrar-Kultur.

Anja Oetmann-Mennen

Nähere Informationen bei der Bingenheimer Saatgut AG (www.oekoseeds.de) und Kultursaat e.V. (www.kultursaat.com)

Annette und Detlef Maaß bewirtschaften seit fünf Jahren eine sechs ha große Demeter-Erwerbsgärtnerei südöstlich von Bremerhaven, auf der ein breites Kulturspektrum angebaut wird. Der teils starke wirtschaftliche Druck erfordert im Saatgutbereich heute nicht selten Kompromisse. Bei vielen Arten gibt es kaum noch samenfeste Sorten, noch seltener sind ökologisch gezüchtete Sorten. So sitzt man in jedem Jahr wieder über zahllosen Saatgutkatalogen und rauft sich die Haare bei der Anbauplanung.

Also fing Annette Maaß an zu züchten. Seit Jahren arbeitet sie an Roter Zwiebel, später kam der Kürbis dazu. Das Ziel sind „Hofsorten“, die an die kargen, sandigen Bodenbedingungen der Geest angepasst sind. Aber Züchtung steht immer in Konkurrenz zu den anderen anfallenden Arbeiten. Die Projektförderung von Kultursaat e.V. ermöglicht es der Züchterin, auch an Pastinaken und Wirsing zu arbeiten. Die Wirsingsorte „Sankt Martin“ steht

kurz vor der Anerkennung beim Bundessortenamt.

Obwohl die Züchtung und Vermehrung im Betrieb nur einen kleinen Anteil am Betriebsgeschehen hat, bezeichnet Frau Maaß sie als eine Art roter Faden, der die historische Entwicklung der Kulturpflanzen durch den Menschen mit der Zukunft des Gemüsebaus verbindet. Und der ist ihrer Meinung nach immer mit einer ständigen Weiterentwicklung einer Vielzahl an Sorten und Arten verbunden.

Auch die Züchterin Ulrike Behrendt aus dem niedersächsischen Holste hat ähnliche Zuchtziele: Anpassung an die dort vorherrschenden kargen Böden und natürliche Widerstandskraft mit dem Oberziel, Sorten zu entwickeln, die unter ökologischen Anbaubedingungen ausreichend leistungsfähig sind. Frau Behrendt betreibt die ökologische

Beispiele aus der Praxis

Züchtung bei Buschbohne, Möhre, Spitzkohl, Chinakohl, Schlangengurke, Roter Beete, Tomate und Salat. Begonnen hat sie vor zehn

Jahren mit der Saatgutvermehrung für den Initiativkreis. Bei der jährlichen Erzeugung des Ausgangssaatgutes für die weitere Vermehrung, beobachtete sie: Die Sorten passten sich in überschaubarer Zeit an gegebenen Umweltbedingungen an. Dies gab den Ausschlag, selbst in der Neuzüchtung aktiv zu werden. Ihre Tomatensorte „Olden-

rot“ ist aus Kreuzungen entstanden und steht momentan beim Bundessortenamt in Prüfung.

Auch für Ulrike Behrendt ist das Arbeiten seit der Gründung des Vereins Kultursaat deutlich erleichtert worden. Zum Glück hat sie noch einen weiteren

wichtigen „Sponsor“ – ihren Mann, der sein Einkommen außerlandwirtschaftlich verdient und ihr erspart, von der Züchtungsarbeit leben zu müssen. Das wäre nämlich trotz Kultursaat nicht möglich. Ulrike Behrendt bildet schon seit Jahren interessierte junge Leute in Züchtung und Samenbau aus. Hier ist bislang die Nachfrage größer als ihre Kapazität hergibt. Wenn das nicht mal ein gutes Zeichen ist...?

Anja Oetmann-Mennen



Geschmacksbeurteilung an Salatstämmen



Das Winterrätsel der Bauernstimme

Um die langen dunklen Abende auszufüllen und die kleinen grauen Zellen in Schwung zu bringen, haben wir uns in der Redaktion dieses Jahr ein besonderes Bonbon für unsere Leserinnen und Leser ausgedacht: Es darf gerätselt werden – oder auch geraten.

Schicken Sie dann einfach eine Postkarte mit dem Lösungswort an:

Redaktion Bauernstimme
– Stichwort: Winterrätsel –
Bahnhofstraße 31
59065 Hamm.

Einsendeschluss ist Samstag, der 14. Dezember 2002. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Und bitte Ihre Anschrift auf der Karte nicht vergessen. Wir lösen dann unter den richtigen Einsendungen drei Gewinne aus.

Für die richtige Kombination aus Grips und Glück gibt es als ersten Preis „Klasse statt Masse“ – handsigniert von Renate Künast, als zweiten Preis „Agrarwende“ von Götz Schmidt und Ulrich Jasper und als dritten Preis „Kraut und Rüben“ von Much.

Die Preisfrage lautet:

Wie heißt die Familie, die die Bauernstimme liest?

Hierzu einige Hinweise:

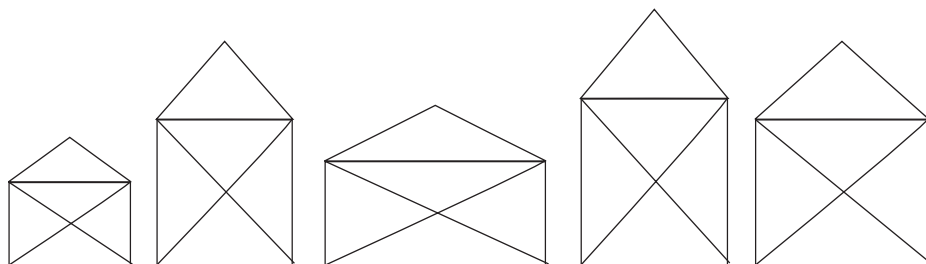
Entlang einer Straße in einem Dorf liegen fünf Höfe mit je einer anderen Flächengröße. Auf jedem Betrieb wohnt eine andere Familie, wird ein Schlepper eines anderen Fabrikats gefahren, andere Tiere gehalten und eine andere Zeitschrift abonniert.

- 1 Der Massey Ferguson-Fahrer bewirtschaftet 20 ha im Nebenerwerb.
- 1 Der Fahrer des John Deere liest abends noch top agrar.
- 1 Der Fendt steht in der Scheune von Kurt Klüsenkamp.
- 1 Der 45 ha-Betrieb liegt links vom 65 ha-Betrieb.
- 1 Bäuerin und Mutter von vier Kindern ist Ilse Hartung auf dem 45 ha-Betrieb.
- 1 Die Familie mit den Legehennen bekommt das dlz-agrarmagazin per Post.
- 1 Bäuerin im Unruhestand ist Magda Wittkämper auf dem mittleren Hof.
- 1 Auf dem 100 ha-Betrieb werden 80 Milchkühe mit Nachzucht gehalten.
- 1 Der grüne Deutz-Fahr steht auf dem ersten Hof.
- 1 Die Landpost hat der Nachbar von dem Hof mit Mastschweinen abonniert.
- 1 Die Familie, die das Wochenblatt liest, wohnt neben der, die Milchkühe hält.
- 1 Pferde züchtet Paul Eschlinger mit viel Erfolg.
- 1 Der Fahrer des Deutz-Fahr wohnt neben dem 80 ha-Betrieb.
- 1 Der Claas-Fahrer hält einen Hund.
- 1 Familie Hinterhuber wohnt neben dem Hof mit den Mastschweinen.

Ganz logisch – oder?

Einstein jedoch, der dieses Rätsel im letzten Jahrhundert verfasste, behauptete, nur zwei Prozent der Weltbevölkerung seien in der Lage, es zu lösen. Nun, wir gehen natürlich davon aus, dass die Rate unter unseren Leserinnen und Lesern wesentlich höher liegt. Also enttäuschen Sie uns nicht!

Ihre Redaktion



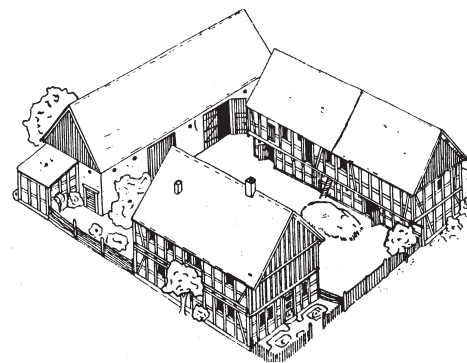
Eine Gärtnerin mehr

Wenn ich einmal Gemüsebäuerin bin, dann ist alles in geordneten Bahnen.

Sentimental werde ich häufiger in letzter Zeit. Da hilft nur Musik und ich muss lachen beim Text von Katharina Francks Zeitlupenkino: „... und Wein will sie auch nicht, da kann 'se ja keinen Mann mit glücklich machen, denn wo soll 'se denn herkommen die Felicitas, nur durch Lust auf Gemüse?“ Das mit dem Mann lass ich weg, aber Lust auf Gemüse – ja, habe ich, kenne ich, will ich auch. So bunt und prall, duftend, frisch und saftig und glücklich sowieso. Selbstmotivation Lektion eins.

Gedacht, getan, seit wenigen Wochen darf ich mich Gärtnerin für Gemüsebau nennen und zu meinem 30sten schenk ich mir das. Zwei Jahre Ausbildung vorüber. Doch momentan arbeite ich

gar nicht – wo gehe ich hin – da höre ich dann wieder Musik. Kann Gemüsebau Sünde sein? Ich mag es sehr, die Erde zwischen den Händen und unter den Füßen, in Schuhen oder ohne. Schrammen an den Händen, Schlepper fahren, Waschti-



... aus Brandenburg

sche, Witze auf dem Feld bei Scheißwetter, grüne Kisten, Transporter voll beladen zum Markt, Regenjacken selten griffbereit, eine Tasse Kaffee, wenn es stürmt, Sonne sowieso, Tomaten, Fenchel, Zucchini am liebsten gelbe, Schläuche, Mangold, Möhren, Kartoffeln, frustrierte Flüche, über die bald darauf gelächelt wird. Ist das nicht ein schönes Bild?

Vergessen die Berufsschule, die außer zeitlichem Ausspannen nur eines bot: Hans. Der kam aus Österreich, war wie ich Ende zwanzig, hatte als einziger Rasta-Locken, liebte Gemüsebau, war wissbegierig und wir waren somit nur zwei aus Bio-Betrieben, die sich gegenseitig begeisterten. Seltsames Publikum war das schon. Glaubte ich meinen Vorurteilen, hätte ich dort Nachwuchs der Bundeswehr vermutet.

Super hingegen die DEULA-Lehrgänge bei der Lehr- und Versuchsanstalt in Quedlinburg in Sachsen-Anhalt. Leider gab es für uns aus Brandenburg nur zwei Lehrgänge, während Azubis aus Sachsen vier besuchen müssen. Wie ist es anderswo?

Folgt Lektion zwei: wenn ich einmal Gemüsebäuerin bin, dann ist alles in geordneten Bahnen. Denn eines hat mir wahnsinnig gefehlt: die Zeit für Spontanes, Kulturelles, für Kontakte außerhalb des Hofes. Die habe ich jetzt.

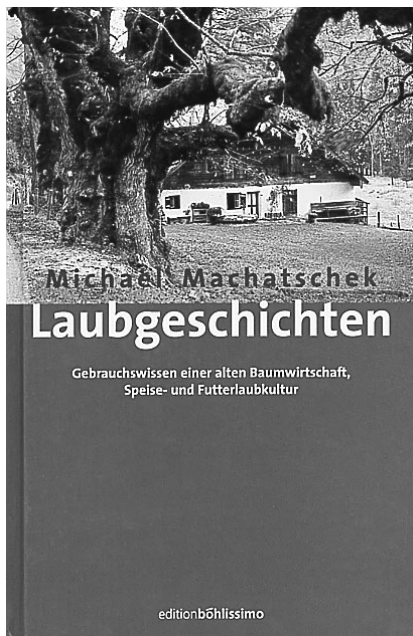
Wie auch immer, ich hoffe irgendwann auf eine Tätigkeit, die mich fordert, mir den nötigen Freiraum gibt in Team, Projekt, Gemeinschaft... je nach dem und wo. Viele liebe Menschen habe ich kennengelernt, die kamen und gingen, z.B. Käse machen in den Alpen, wo ich auf 2.000 Meter Höhe verstand, das auch Kühe faszinierend sind.

Eine Gärtnerin (29 Jahre) erzählt...

Laubgeschichten

Sein neuestes Werk hat Michael Machatschek allen Gebrauchsgeschichtenerzählern gewidmet. Denn wie schon in seinem Buch über bäuerliche Wirtschaftshecken (vorgestellt in Bauernstimme 3/2002, S.20) legt der gelernte Landwirt und studierte Landschaftsökologie aus Österreich den Schwerpunkt auf die bäuerliche Nutzung der Hecken, hier speziell der Laubnutzung. So hat Michael Machatschek als Wanderforscher viel Gebrauchswissen zu dieser Baumbewirtschaftungsform und ihren Relikten im Alpenraum und seinen Vorländern gesammelt.

Das Buch gibt einen systematischen Überblick zu „Luftwiesen-“ und Schnaitelwirtschaft, Laub und Reisig in der Fütterung sowie eine ausführliche Besprechung der genutzten Baum- und Straucharten. Dazu gibt es den nötigen politisch-sozialen Hintergrund mit einem Rückblick auf die Waldentwöhnungsgeschichte und Entrechtung der „kleinen Leute“. Es würde dem Buch aber nicht gerecht, es als bloßen historischen Rückblick auf vergangene Wirtschaftsweisen abzutun. Vielmehr hat Michael Machatschek Gebrauchswissen gesammelt, um es wieder nutzbar machen zu



können. Denn „heutiges Grünfutter und Heu alleine sind für die Deckung des Mineralstoffbedarfes unzureichend ... Wenn wir berücksichtigen, dass die Weiden auch Hecken und Gehölze enthalten sollen, die in der Regel dreimal so viel Kupfer enthalten wie der Weideaufwuchs, dann spricht dies für die Notwendigkeit von Laub- und Reisigheu in der Fütterung ... Im Lungau oder Piemont ließen einige Bauern mit Absicht "Buschweiden" aufkommen und pflegten sie als solche, damit die Versorgung mit Mineralstoffen gewährleistet war".

Das Buch ist zudem reich an Fotos und Zeichnungen, die den Blick schärfen für eine in Vergessenheit geratene Baumwirtschaft.

Mit seinem neuesten Werk ist Michael Machatschek wieder ein Standardwerk gelungen.

we

Michael Machatschek: *Laubgeschichten – Gebrauchswissen einer alten Baumwirtschaft, Speise- und Futterlaubkultur*; edition böhlissimo 2002, 544 S., 55 SW- u. 372 Farbbabb., 35,- EUR, zu beziehen über den ABL-Verlag

BRD-, EU- und Weltagrarpolitik

Neu bearbeitete und aktualisierte Hefte der Verfasser Werner Klohn und Hans-Wilhelm Windhorst sind in der Reihe „Vechtaer Materialien zum Geographieunterricht“ erschienen:

Heft 3: Die Landwirtschaft in Deutschland, 284 S. DIN-A-4 (188 Kopiervorlagen),

Heft 7: Die Landwirtschaft in Europa, 232 S. (149 Kopiervorlagen),

Heft 8: Weltagrarpolitik und Weltagrarhandel, 184 S. (149 Kopiervorlagen).

Das als agrarindustrienah geltende ISPA-Institut präsentiert als Herausgeber viele gut strukturierte Karten, Grafiken, Fallbeispiele und Tabellen, vor allem zu Fragen der Produktionsstruktur und der Märkte (leider unter weitgehender Ausblendung der agierenden Agrarkonzerne). Die Hefte sind nicht nur für Lehrer und Schüler eine wichtige Informationsquelle. Sie sind aber sicherlich noch ergänzungsbedürftig hinsichtlich wichtiger Aspekte einer umwelt- und sozial gerechten bäuerlichen Agrarpolitik.

en

Bezug der Hefte (jeweils 12,50 EUR plus Versand) direkt bei: ISPA, Hochschule Vechta, Postfach 1553, 49364 Vechta, Tel. 04441-15344, www.ispa.uni-vechta.de

Tau und Gras

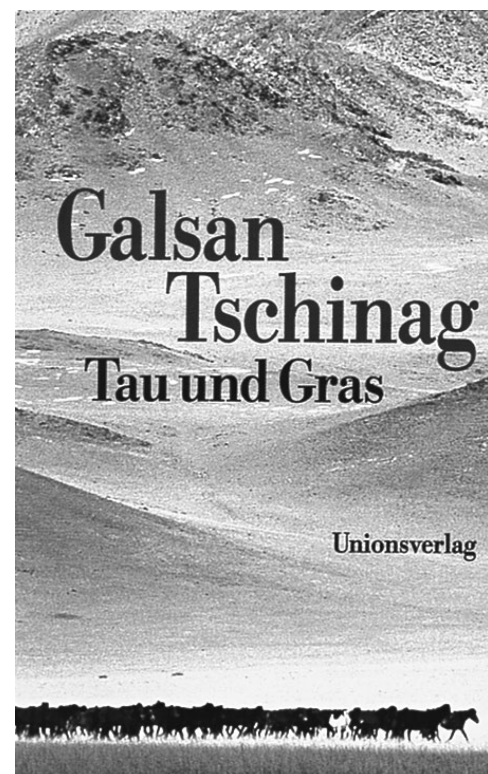
Galsan Tschinag ist viel unterwegs. Während der Sommermonate zieht er als Nomade durch die mongolische Steppe, im kalten Winter schreibt er seine Bücher in der Hauptstadt Ulan Bator, und die Zeit dazwischen verbringt er auf Lesereisen durch das deutschsprachige Ausland. Weil er von dort immer pflichtbewusst ein Bündel Geldscheine mit nach Hause bringt, mit dem seine Landsleute Futtermittel für das Vieh kaufen können und wieder ein paar Monate über die Runden kommen, bezeichnet er sich als „preußischen Nomaden“. Anlässlich seines jüngsten Bandes mit Erzählungen reiste er diesen November wieder durch Österreich und Deutschland. Galsan Tschinag schreibt all seine Werke auf Deutsch. Denn sein Volk, die Tuwa, mit deren 4.000 Mitgliedern er Anfang der Neunzigerjahre vom Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in die heutige Mongolei umsiedelte, hat keine Schriftsprache. Und die Brücke zwischen Asien und Europa zu schlagen, lernte Tschinag in den Sechzigerjahren, als er in Leipzig Literatur studierte.

Der nun erschienene Band vereint Jugenderinnerungen des Schriftstellers. Es sind hauptsächlich Miniaturen, Fingerübungen, in denen der Autor künftiger Romane seinen Stil sucht. „Tau und Gras“ bedeutet so viel wie „Pech und Schwefel“. So beschreibt er das Verhältnis zwischen ihm als Kind und seiner Großmutter. Doch auch sie muss eines Tages „ins Salz gehen“, wie die Nomaden den Tod umschreiben. Der Junge, der diese Redensart wörtlich nimmt, wartet noch viele Jahre auf die Rückkehr seiner Großmutter. Dann ist er erwachsen und begreift, dass vom Salz niemand zurückkehrt.

Dort, in jener Landschaft, in der sich auch heute noch gerade einmal zwei Millionen Menschen über eine Fläche verteilen, die vier Mal so groß ist wie die Bundesrepublik, ist die Zivilisation mit ihren Errungenschaften, Krisen und Kriegen sehr fern. Näher sind da unheimliche Felsgeister, die – einmal geweckt – nur durch die Rituale der Dorfschamanin gebändigt werden können. Im Sommer wird gefeiert, Geburten, Heiraten, Abreise und Ankunft von Verwandten oder was sich sonst als Vorwand für ein Fest gebrauchen lässt: der Aufbau einer neuen Jurte, der erste Haarschnitt eines Kleinkindes oder ein spontaner Besuch beim Nachbarzelt. Dann, wenn die Tage kürzer werden, werden die Jurten weit von einander entfernt an sturmsicheren Orten aufgestellt und die Familie ist beim Überwintern unter sich. In insgesamt 34 Erzählungen erinnert sich der Autor seiner Jugend, an erste Ringkämpfe, an zwei russische Soldaten, die irrtümlich dem Vater den Schnurrbart ab-

rasierten, obwohl er doch mit seiner Geste eigentlich nach Schnupftabak verlangt hatte, und an die Schule, die nicht einmal einem Steppenkind des Altai-Gebirges erspart bleibt.

Viel gelesen wird auf den Veranstaltungen mit Galsan Tschinag allerdings nicht. Ob in Bregenz, Kiel oder Hamm, der Poet aus der Mongolei nutzt die Gelegenheit, den Zuhörern von seiner Heimat zu berichten. Und dort sieht es düster aus. Seit vier Jahren plagen ungewöhnlich harte Winter und trockene Sommer die Vieh züchtenden Nomaden. Der „Zud“ des vergangenen Winters, eine Bezeichnung für eine nur ein, zwei Mal in einem Jahrhundert wiederkehrende Kältekatastrophe, kam sogar in die Schlagzeilen der europäischen Presse. Die aktuelle Notsituation ist für



Galsan Tschinag ein Zeichen dafür, dass die Tage des Nomadentums gezählt sind. „Alles ändert sich, also werden auch wir uns ändern“, verkündet er mit trauriger Gelassenheit. Und so bleibt es seinen Geschichten überlassen, die Erinnerung an das Leben der Tuwa zu bewahren.

Dass er, wie ein vom Verlag oft zitierter Kritiker schrieb, „ein Glücksfall für die deutsche Literatur, ja für die Weltliteratur“ sei, mag ein bisschen hoch gehängt sein. Zu kitschig und trivial klingt vieles, was Tschinag über das Leben in der Steppe schreibt. Aber seine Bücher sind schließlich nicht für die Literaturgeschichte geschrieben, sondern für die Leser, die erfüllt sind von der Faszination der zentralasiatischen Landschaft und Sympathie für deren Bewohner. *la*

Galsan Tschinag: *Tau und Gras*. Unionsverlag 2002. 160 S., EUR 14.80.

Goldener Dreschflegel

Das Aktionsbündnis Ökolandbau hat sich entschieden, seinem manifestartigen Programm mit Forderungen zur Agrarwende 60 Karikaturen zu Genfood, Rinderwahn und verwandten Themen voranzustellen. Die Cartoons der Bewerber machen den Großteil des schmalen Bandes aus. Neben etwas müden Witzen wie der Frau, die beim Metzger nach etwas Vegetarischem fragt, finden sich auch böse Zeichnungen, in denen beispielsweise der Biobauer seine eigenen Haxn lassen muss, damit noch gesundes Fleisch auf den Tisch kommt. Zu den 29 Künstlern, die im Anhang allesamt vorgestellt werden, zählen berühmte Namen wie Tetsche vom stern und Wolf-Rüdiger Marunde. Die schönsten Beiträge stammen allerdings von noch unbekanntem Karikaturisten wie der erwähnte Haxn-Kannibalismus von Wolfgang Horsch oder die extra für den EU-Gutachter glücklich schauenden Kühe von Heiko Sakurai. Auf Seite 71 beginnt dann der Ernst des Lebens. Die Teilnehmer des Aktionsbündnisses formulieren aus ihrer Sicht die „Anforderungen an eine ökologische und nachhaltige Landwirtschaft“. Dazu zählt die Einrichtung eines Beirates für Ökolandbau im Bundesministerium ebenso



wie der Austausch unter Fachreferenten in den Landesbehörden und ein Runder Tisch mit den wichtigsten Beteiligten im Bereich Produktion und Vermarktung von Ökoprodukten. Agrarinvestitionen sollte der Bund gezielt an Landwirte vergeben, die ökologischen Landbau betreiben oder zu ihm wechseln wollen. Zur Stärkung dieser Wirtschaft könnten beispielsweise Kantinen öffentlicher Einrichtungen auf ökologisches Essen umsteigen und die Hygienevorschriften für kleinere Betriebe den dortigen Gegebenheiten angepasst werden. Im Vorwort wagen die Herausgeber ein erstes Resümee und einen Ausblick auf die Zukunft: „In solchen Zeiten muss bewertet werden, was gelungen und was misslungen ist. Wer in der Zukunft Verantwortung tragen will, muss sagen, was er will, muss bereit sein, 'aus der Deckung zu kommen', damit jeder sehen kann, wo sie und wo er steht, wie die politischen Visionen tatsächlich aussehen.“ la

Goldener Dreschflegel. Meinungsbilder zur Agrarpolitik in Wort & Cartoon. Aktionsbündnis Ökolandbau 2002. 85 S., 10 EUR (1 Euro geht an hochwassergeschädigte Bio-Bauern). Zu beziehen über Gerlinde Wiese, Kirchplatz 1, 37249 Eichenberg, ☎ 05542/72900.

Gaumenfreuden

Nicht nur „Gaumenfreuden“, die zum Schmunzeln oder zum Nachdenken anregen, sondern auch solche, die einem im Halse stecken bleiben, zeigte unter gleichem Titel eine europaweit einzigartige Ausstellung in der Osnabrücker Kunsthalle. In einem umfangreichen Katalog sind die meisten der 400 Bilder von 100 internationalen Künstlern zum Thema „Esskultur und Lebensmittelindustrie im Schnittpunkt von Karikatur und Cartoons“ nochmals anzuschauen. Da geht es um unkritisches Ess- und Einkaufsverhalten ebenso wie um BSE, Biokost, Kunstfood, Gentechnik oder um den Hunger in der 3. Welt. Oder um schöne Bilder, die erst bei näherer Betrachtung ihren Stachel zeigen. Oder auch einfach um hinter sinnigen Nonsense. Unbedingt empfehlenswert! en

Gaumenfreuden, Katalog, hrsg. von der Stadt Osnabrück. 2002., 240 S., secolco-Verlag, Rolandsmauer 13/14, 49074 Osnabrück. 25,- EUR



Tierplastiken

„Der Zoo, die Wildnis und die Weide“ – deutsche Tierplastiken zu diesen Themen (von August Gaul bis Joseph Beuys) wurden kürzlich im Bremer Gerhard-Marcks-Haus gezeigt. Ausdrucksvolle Abbildungen zeigt der Katalog zu dieser Ausstellung. en

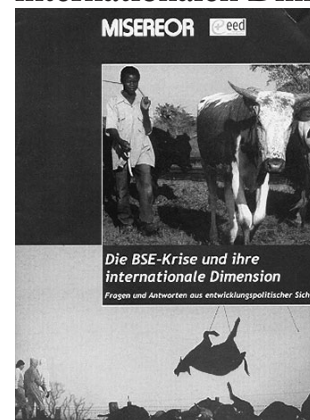
Der Zoo, die Wildnis und die Weide, 48 Seiten, hrsg. von der Gerhard-Marcks-Stiftung, Am Wall 208, 28195 Bremen, Tel. 0421-327200. www.marcks.de, 18,- EUR

Landwirtschaftliches Bauen im Außenbereich

Unter diesem Titel hat der Agrarrechtler Volkmar Nies eine übersichtliche und gut verständliche Darstellung dieses Rechtsgebiets verfasst.

V. Nies. Landwirtschaftliches Bauen im Außenbereich. Landwirtschaftsverlag Münster 2000, 195 S., 19,95 EUR

Die BSE-Krise und ihre internationalen Dimensionen



Welche Auswirkungen die BSE-Krise in der EU und vor allem in Deutschland auf Entwicklungsländer hat und hatte war in den letzten zwei Jahren hier kaum Thema. Dem abzuwehren ist das Anliegen der Broschüre „Die BSE-Krise und ihre internationalen Dimensionen“ von Misereor und dem Evangelischem Entwicklungsdienst: Was bedeutete der Zusammenbruch des EU-Rindfleischmarktes für fleischexportierende Entwicklungsländer, wie wurde mit dem Export von BSE-Risikomaterialien aus der EU umgegangen? So wurde alleine 2000 581.000 Rinder aus der EU in die ganze Welt exportiert. Der Autor Rudi Buntzel-Cano weist darauf hin, dass auch Tiermehl in ärmeren Staaten als billiges Eiweißfuttermittel geschätzt wurde. Die Einschätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und der EU zum BSE-Risiko in den Importstaaten wiesen einige Länder wie Indien zurück, weil sie Handelsbeschränkungen für ihr Rindfleisch fürchteten.

Die schlicht aufgemachte Broschüre erklärt verständlich und differenziert, welche Folgen die EU-Agrarpolitik für andere Staaten hat und welche Forderungen aus Sicht der Entwicklungsländer erhoben werden. Zur Abrundung werden Handlungsmöglichkeiten für Verbraucher aufgezeigt. ms

Rudolf Buntzel-Cano. Die BSE-Krise und ihre internationalen Folgen. 2002. 37 S., zu beziehen bei Evangelischem Entwicklungsdienst e.V., Ulrich-von-Hassel-Str. 53123 Bonn, Tel: 0228-8101-0

Bestellcoupon für Mut zu Neuem

Ich bestelle:

Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €:

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001

zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €

Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. **Bürger netze statt Subventionen**, 17,95 €: _____ €

außerdem:

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Suche/Biete

Ökologischer Gartenhof bei Bad Nauheim sucht dringend Gärtner. Anrufe bei Frau von Löw, ☎ 06032-81818

Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

TIPP DES MONATS!**STAHLHALLE**

Länge: 32,30 m
Breite: 21,70 m
Traufe: 4,45 m
freitragend, Grundfläche 1,352 qm, incl. Dach- und Wandverkleidung.

Netto EUR 84.900,00

FA. STAHA

Tel.: 05149 – 18 60 333
FAX: 05149 – 18 60 335
www.staha.de

Andere Größen auf Anfrage.
Spannweiten bis 120 m freitragend.

www.nabu-bw.de

**Der Natur auf der Spur**

Erleben Sie Naturschutz live in den NABU-Zentren in Baden-Württemberg

Fordern Sie kostenlos unsere Veranstaltungsprogramme an. (Über Briefmarken für den Versand freuen wir uns.)

NABU Baden-Württemberg
Tübinger Straße 15, 70178 Stuttgart



Anmeldungen bis zum 27. Dezember 2002 bitte an die ejl, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Westerwald, Tel.: 02681-95160, Fax: -70206, info@lja.de

AbL – Frauen treffen sich!

Vom 10. bis 12. Januar 2003 in Altenkirchen/Westerwald

Unser Thema:**Meine Zeit – Selbstmanagement**

Gerade die Vielzahl an Tätigkeiten zwischen partnerschaftlicher Beziehung, Familie, Stall, Vermarktung, Mitarbeitern, Kunden, persönlichen Bedürfnissen scheinen mehr Zeit zu fressen, als verfügbar ist. In diesem Seminar – unterstützt von der ejl – werden Fragen der Zeitplanung, der Zielvorstellung und der eigenen Rahmenbedingungen eine Rolle spielen. Wir wollen mit interessanten Referentinnen Ansatzpunkte finden, um an unserem Lebenserfolg zu arbeiten.

Teilnehmerinnenbeitrag: 60,- EUR

Der Fachbuchkatalog für den ökologischen Landbau.



Fordern Sie jetzt kostenfrei den neuen Katalog an oder bestellen Sie direkt im Internet:

baerens & fuss
bücher mit inhalt.

baerens & fuss
Buchversand
Postfach 11 06 45
19006 Schwerin

www.baerfuss.de
Telefon (03 85) 56 29 18
Telefax (03 85) 56 29 22
versand@baerfuss.de

Veranstaltungskalender**AbL – Neue Agrarpolitik vor Ort**

10. und 11. Dezember 2002, Wetzlar
Perspektiven für den ländlichen Raum sollen auf dieser Tagung des AgrarBündnis in Zusammenarbeit mit dem Naturschutz-Zentrum Hessen erarbeitet werden. Auf dem Weg zu einer neuen Agrarpolitik müssen alle Beteiligten ins Gespräch kommen. Zielgruppe sind daher Vertreter/innen aus Naturschutz-, Landwirtschafts- und Regionalverwaltung und -verbänden, Politik, Regionalentwicklungs- und Projektinitiativen, Verbraucherverbänden, Bäuerinnen und Bauern. Die Tagung ist als Arbeitstagung gedacht. Der Input der Referenten dient der Information, aber auch als Anregung und Grundlage für die weiterführende Diskussion. Im Vorfeld der Tagung werden die „Wetzlarer Thesen“ vom AgrarBündnis erarbeitet und vorab an die Teilnehmenden verschickt. Sie dienen als Grundlage und Leitfaden für die Tagung und sollen am Ende – ggf. in überarbeiteter Form – verabschiedet werden. Auf der Tagung stehen folgende drei Arbeitsgruppen zur Auswahl: Voraussetzungen zur Stärkung ländlicher Räume – Erfahrungsberichte und Vorschläge aus der Sicht von Fachverwaltungen; Zwischen Anreiz und Verbürokratisierung – die Politik zur Förderung ländlicher Entwicklung; Das Kapital der ländlichen Entwicklung – die Akteure vor Ort.

Anmeldung bitte an das Naturschutz-Zentrum Hessen – Akademie für Natur- und Umweltschutz, Friedenstr. 38, 35578 Wetzlar, ☎ 06441-924800, Fax: -9248048, Zimmerkontingente zur Selbstbuchung stehen auf Anfrage zur Verfügung

Preisverleihung

29. November 2002, Bad Dürkheim
Mit dem Karl-Werner-Kieffer-Preis der Stiftung Ökologie & Landbau werden Umweltausbildungsinitiativen gewürdigt, die sich um den ökologischen Landbau verdient gemacht haben. Infos bei Ingrid Ahme-Mahler, Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim, ☎ 06322-989700.

Landreformen für Entwicklungsländer

02. bis 03. Dezember 2002, Bonn
Über den Konflikt zwischen Weltmarkt und Menschenrechten und Perspektiven von Agrarreformen debattieren Fian und andere Menschenrechtsorganisationen. Podiumsgäste kommen unter anderem aus Brasilien, Südafrika und den Philippinen. Anmeldung: Armin Paasch, Fian Deutschland, ☎ 02323-9192663, paasch@fian.de

Glückliches Gemüse

03. Dezember 2002, Hofgut Hauteroda.
Seminar „Ökologischer Gemüse- und Kräuteranbau“ des Thüringer Fördervereins für ökologischen Landbau aus Weimar. Info: Thüringer Ökoherz e.V., ☎ 03643-437-113, Fax -102, info@oekoherz.de, www.oekoherz.de

„Auch Chinesen mögen Bio“

03. Dezember 2002, München
Über den Ökolandbau in Fernost referierte Diplom-Landwirt Jan Plagge aus Augsburg. Kontakt: Hans-Jürgen Reents, ☎ 08161-71-3778, Fax -4419

Kartoffeltagung

05. Dezember 2002, Ostinghausen
Untersuchungsergebnisse über die Vorkeimung und den Drahtwurmbefall bei Kartoffeln sowie deren Kocheigenschaften. Anmeldung: Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, ☎ 0251-237-6594, Fax -6841

Biogas

05. bis 07. Dezember 2002, Rot am See
Vorträge über neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen durch Emissionshandel, Entwicklung der Nutzung von Biogas und eine Besichtigungsfahrt. Anmeldung: für 80 EUR pro Tag oder 120 EUR alle drei Tage an die Fachgruppe Biogas, 74592 Kirchberg, ☎ 07954-926203, Fax -04, info@biogas-zentrum.de, www.biogas-zentrum.de

Erzeugerwettbewerb

bis 07. Dezember 2002, Stuttgart
„Von Acker und Feld auf den Tisch“ ist das Motto eines Wettbewerbs regionaler Kooperationen zur Absatzförderung heimischer Produkte. Ausschreibung: im Forum Region Stuttgart, Ralf Jochen Schmidt, ☎ 0711-2005577

Witzenhäuser Konferenz

08. bis 12. Dezember 2002, Witzenhausen
Zum 11. Mal veranstaltet Deutschlands kleinste Universitätsstadt eine Konferenzwoche zum Ökologischen Landbau. Schwerpunkt ist diesmal eine Diskussion über die Qualität von Lebensmitteln. Zum Auftakt spricht Karl-Ludwig Schweisfurth am 08. Dezember ab 20 Uhr über das „Leben im Lebens-Mittel“. Im Laufe der Konferenz kommen Gäste aus mehreren europäischen Ländern sowie Experten aus Wissenschaft, Forschung und Politik zu Wort. Der Präsident des Bundesamtes für Naturschutz, Hardy Vogtmann, referiert über „Multifunktionelle Landwirtschaft in der Praxis“. Neben diesen Vorträgen können die Teilnehmer sich an Arbeitsgruppen und Exkursionen beteiligen. Abends bieten die Veranstalter ein kulturelles Rahmenprogramm, mit dem auch das lokale Publikum angesprochen werden soll. Infos bei Susanne Heyers, Fax und ☎ 05542-507953, E-Mail konferenz.2002@web.de

Milchviehhaltung

10. und 12. Dezember, Dittmannsried und Tuntenhausen
Tagesseminar zu Fütterung, optimale Rationsgestaltung im Jahresablauf und Futtermittelzukauf. Infos bei Roland Weber, ☎ 08221-206179

Bodenfruchtbarkeit

17. Dezember 2002, Tübingen
Referenten des oberbayerischen Biokreis Erzeugerring e.V. über praktische Erfahrungen mit Mischkulturen und pfluglosem Ackerbau. Info: Biokreis Erzeugerring, ☎ 0851-7565020

Schonende Bodenbearbeitung

18. bis 21. Dezember 2002, Blaufelden
Ein Seminar mit Ökolandwirten. Info: Ländliche Heimvolkshochschule, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190, Fax -613781

Stallbaulehrfahrt

13. Dezember, Bayern
Besichtigung mehrerer Mastschweinbetriebe mit beispielhaften Stallbaulösungen. Infos bei Naturland Erzeugerring e.V., Jürgen Herle, ☎ 0831-5206086

Tierhaltung und Zucht

17. Dezember 2002, Jena
Fachtagung des Vereins Thüringer Ökoherz. Info: Dr. Augsten, ☎ 03643-437128, www.oekoherz.de

Naturschutztage

3. bis 6. Januar 2003, Radolfzell
Zum 27. Mal veranstalten NABU und BUND einen gemeinsamen Informationskongress. Tagungsort ist das Kulturzentrum Milchwerk bei Radolfzell am Bodensee. Themenschwerpunkte sind biologische Vielfalt und der Einfluss des Geldes. Die Seminargebühr beträgt ohne Unterkunft und Verpflegung EUR 32 (ermäßigt EUR 16), Anmeldeschluss ist der 13. Dezember 2002. Infos: NABU-Bezirksgeschäftsstelle Bodensee, Mühlenstr. 4, 88662 Überlingen, ☎ 07551-67315, Fax -168432

Landwirtschaft zu zweit

06. bis 10. Januar, Freckenhorst (NRW)
Eine Veranstaltungswoche für Paare, die sich der Herausforderung eines landwirtschaftlichen Betriebes zu zweit stellen. Die Bielefelder Unternehmensberaterin Imke Lohmann referiert über Unternehmensführung, Einkommenssicherung und die Vereinbarkeit von Landwirtschaft und Privatleben. Infos: Landvolkshochschule Freckenhorst, ☎ 02581-94580, Fax -9458238

Geflügel zerlegen

11. Januar 2003, Kirschletten-Zapfendorf
Metzgermeister Hermann Jakob erklärt von neun bis 16 Uhr in der Abtei Maria, wie Geflügel zur Direktvermarktung verarbeitet und verwendet werden kann. Bioland-Erzeugerring Bayern, ☎ und Fax 09337-980031

Verkaufstraining

14. Januar 2003, Münsterschwarzach
Referent Jan Plagge schult künftige Direktvermarkter in der Katholischen Landvolkshochschule von zehn bis 17 Uhr. Infos: Bioland Erzeugerring Bayern, Stefan Rettner, Am Eichenpfad 26, 97253 Graukönigshofen, ☎ 09337-980031

Ökologische Tierhaltung

14. Januar 2003, München
Tierärztin Anita Idel spricht über ökologische Haltung, Zucht und Fütterung um 18 Uhr in Hörsaal 12 der Technischen Universität München/Weihenstephan. Infos bei Karl von Koerber, Entenbachstr. 37, 81541 München, ☎ 089-65102131,

Ökologischer Kräuteranbau

14. bis 17. Januar 2003, Altenkirchen
Informationen über ökologisch erzeugte Kräuter. Das Seminar kostet pro Teilnehmer (inklusive Unterkunft und Verpflegung) EUR 175. Anmeldung: Schriftlich bis zum 4. Januar 2003 an die Evangelische Landjugendakademie, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax -70206

Büro Hamm: www.abl-ev.de, www.bauernstimme.de
 Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm,
 ☎ Vorwahl 02381-, Fax: -49 22 21

AbL-Bundesgeschäftsstelle: info@abl-ev.de
 Ulrich Jasper (1.v.l.), ☎ -90 53 170,

AbL-Verlag: verlag@bauernstimme.de
 Vera Thiel (2.v.r.), (Bestellung, Abo, Anzeigen), ☎ -49 22 88,

Redaktion Bauernstimme: redaktion@bauernstimme.de
 Mute Schimpf (2.v.l.), ☎ -49 22 21,
 Leif Allendorf (3.v.l.), ☎ -90 53 173,
 Wiebe Erdmanski-Sasse (1.v.r.), ☎ -49 22 89



UNABHÄNGIGE
Bauernstimme



Büro Lüneburg: c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg
 (ohne Bild) Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer;
 Annegret Honisch, Sekretariat, ☎ 04131-40 77 57, Fax: -40 77 58

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von
<input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: http://www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Leif Allendorf, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Vera Thiel, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
 Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
 Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
 Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
 Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorff, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Hermann Böttel, Holzturner Str. 6, 54636 Wolsfeld, ☎ 06568/7067, Fax: 06568/7011
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Guttenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718
„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreisen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com
AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945
IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

In eigener Sache

Diesmal erwartet Sie auf dieser Seite kein Erlebnis aus Feld, Wald und Flur, sondern ein Abenteuer aus den Räumen der Bauernstimmenredaktion, in eigener Sache eben. Wir haben uns gedacht, vielleicht interessiert es unsere Leser, wie es in unserem Alltag aussieht, was alles passiert, bis die Zeitung bei Ihnen im Briefkasten landet. Ein Anliegen haben wir auch noch, aber dazu später.

Da wäre zum Beispiel unsere Telefonanlage. Mit dem Umzug nach Hamm sollte das Büro fit gemacht werden für viele Gespräche mit unseren geschätzten Leserinnen und Lesern. Schließlich stand an jedem Platz ein Telefon, aber die Leitung war dauernd besetzt, wenn man raustelefonieren wollte. Also eine Erweiterung der Anlage um zwei Leitungen, und jeder kann jederzeit ins Internet, sagte uns der Techniker, und der muss es ja wissen. Außerdem sollte die Telefonanlage keine Leitung für den Internetzugang belegen, sagte ebenfalls der Techniker.

Nun, um es kurz zu machen, natürlich belegt man beim Einwählen ins Internet eine Telefonleitung. Wenn einer von uns im Internet ist und ein Zweiter wählt sich ein, fliegt der Erste wieder raus.

Bei unseren vielen Telefonapparaten ist auch einer mit integriertem Anrufbeantworter dabei. Wir wollen ja jederzeit erreichbar sein, so etwas nennt man „Service“. Eines Tages leuchtete auch wirklich das Lämpchen, jemand hatte uns eine Nachricht hinterlassen. Gespannt spulten wir das Band zurück, und fühlten uns sehr veräppelt, denn es klang, als wäre Donald Duck persönlich am Apparat. Es lag nicht an unseren mangelnden Kenntnissen der Bedienungsanleitung,

sondern der Anrufbeantworter war kaputt. Und wir wissen bis heute nicht, wer uns da aufs Band gesprochen hat.

Dann gibt es die Tage, da klingelt das Telefon den ganzen Morgen nicht, und wir fragen uns: Sind alle Bauern auf dem Feld? Am nächsten Tag bekommen wir dann zu hören, bei uns wäre dauernd besetzt gew-

souverän von einem Apparat zum anderen verbinden, was meistens klappt, wenn der gewünschte Gesprächspartner nicht gerade selber telefoniert, aber das mit der Warteschleife lernen wir auch noch. Unsere Telefonnummern stehen übrigens in dieser Ausgabe auf Seite 23. Zum Ausschneiden und an die Wand pinnen, damit Sie uns immer schnell finden.

Jetzt fragen Sie sich sicher, wie bei so viel Stress im Büro noch eine so gute Zeitung herauskommen kann? Aber der Nervenkitzel liegt in der Herausforderung, und der stellen wir uns täglich gerne! Trotzdem wäre ein etwas entspannterer Umgang mit der Technik schon hilfreich. Und da sind wir nun bei unserem Anliegen. Wenn wir nämlich viele neue Abonnenten hätten, könnten wir uns eine Erweiterung für unsere Telefonanlage leisten, wären für unsere Leser (und Mitautoren) besser erreichbar, und könnten eine noch bessere Zeitung machen.

Leider haben wir für unsere Abowerber noch keine „Bauernstimmantasse“ (man kennt das ja aus anderen Verlagen, zwei neue Jahresabonnenten, und der halbe Hausstand wird kostenlos dazugeliefert), aber ich dachte mir, wer zu Weihnachten ein Bauernstimmen-Abo verschenken möchte, soll nicht leer ausgehen, und bekommt eine schöne Verschenkpostkarte dazu. Die kann

ich von Hamm aus dem Beschenkten beilegen, oder ich schicke die Zeitung zu Ihnen, Sie schreiben die Karte selbst, und packen alles in stimmungsvolles Weihnachtspapier. Ein besseres Weihnachtsgeschenk gibt es doch kaum, oder?

Die Abobestellung bitte per Coupon unten auf dieser Seite, per Internet oder E-Mail, aber natürlich nehme ich die Bestellung auch gerne telefonisch entgegen...

Ihre Vera Thiel vom AbL Verlag



Freude verschenken mit einem Abo der Bauernstimme: wie hier festgehalten von unserer Leserin Doreen Seim

sen. Dann kommt von uns noch die Rückfrage: „Welche Nummer hast du denn probiert?“ Und wenn der Anrufer dann sagt: „Alle“, wissen wir, unsere Telefonanlage hatte mal wieder einen schlechten Tag. Wir kappen einmal kurz die Stromzufuhr, und schon läuft sie wieder.

Aber sie hat auch ganz viele gute Tage, und nachdem wir die sechs verschiedenen Bedienungsanleitungen der sechs verschiedenen Telefone plus dem Handbuch der Telefonanlage studiert haben, können wir

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
AbL Bauerblatt Verlags GmbH
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

12/2002

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für guten Geschmack

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €, im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für Q 6 oder Q 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31 oder FAX 02381-492221